

Tarantel

Nr. 52
März
I/2011

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei **DIE LINKE.**



Aus den Ländern

brandenburgisches Wassergesetz

Hamburg für Alle

Bremen: ökologischer Städtebau

Umweltpolitik in Sachsen-Anhalt

Schwerpunkt: Fracking und CCS

Technologie

Der Unfall von Weyburn

Fracking und CCS

CCS-Gesetzentwurf

Tierschutz / Ernährung

Bio: An entscheidenden Punkten besser

Die Linke, Tina, und der Tierschutz

„TIERE ESSEN“

Liebe LeserInnen,

Man sollte jeden Fehler nur einmal machen“, heißt es. Das ist so nicht richtig, denn es gibt Fehler oder auch „Unfälle“, wie der von Tschernobyl, die man niemals begehen sollte. Aber wie dumm muss die Menschheit sein, dass sie einen solchen Unfall auch noch wiederholt? Nun, zum Zeitpunkt, als dieses Editorial geschrieben wurde (1 8.3.11), ist die Situation in Fukushima noch unübersichtlich. Zum jetzigen Zeitpunkt können wir alle nur hoffen, dass die Katastrophe noch in einem bestimmten Rahmen bleibt. Sie, als LeserIn, dürften schon mehr wissen. Die Position der Ökologischen Plattform zur Atomenergie ist bekannt und wir haben sie in einer Pressemitteilung auf Seite 2 noch einmal bekräftigt. Wir trauern um die Opfer und fühlen mit den Angehörigen. Den ArbeiterInnen, die in einer solchen Situation, ihr Leben eingesetzt haben, um ein ganzes Volk zu retten, gehört unsere Bewunderung und Hochachtung. Dass die Ökologische Plattform aufruft, sich an den in den nächsten Wochen und Monaten stattfindenden Anti-Atom Demonstrationen zu beteiligen, ist selbstverständlich. Nicht zuletzt gilt dies für die verschiedenen Ostermärsche, die schon seit langem unter dem Motto „25 Jahre Tschernobyl“ stehen.

Auf diese dramatische Aktualität, hätte aber jeder Anti-Atomkraftgegner gerne verzichten können.

Wir alle wissen, dass ein Ausstieg aus der Atomenergie, so notwendig er ist, nicht leicht durchzuführen sein wird – auch weil als eine Alternative immer wieder ein höherer Verbrauch an fossiler Energie, insbesondere Kohle, genannt wird – eine Möglichkeit, die aus Klimaschutzgründen inakzeptabel ist. Einen Bericht zur Klimakonferenz in Cancún können Sie auf den S. 20-21 lesen.

Will man aus Kohle und Atomenergie zugleich aussteigen, bietet sich als „Brückentechnologie“ Erdgas an. Doch auch diese Vorräte gehen zur Neige, so dass von den Energiekonzernen mittlerweile auf „unkonventionelle Erdgasförderung“, auch „Fracking“ genannt, gesetzt wird. Unser Schwerpunktthema auf den Seiten 11 -17 beschreibt die möglichen Folgen vor allem für unser Grundwasser. Nur der verstärkte Einsatz von erneuerbarer Energie bietet also wirklich einen Ausweg aus diesem Dilemma – und natürlich, was oft vergessen wird, das Setzen auf Energieeinsparung und -effizienz.

Trotz aller Dramatik und Aktualität, den die Energiefrage zur Zeit einnimmt, dürfen andere Themen nicht vergessen werden. DIE LINKE diskutiert über ein neues Programm. Bei allen Stärken, den der Programmentwurf hat, gibt es auch durchaus Verbesserungsmöglichkeiten. Der Tierschutz gehört mit Sicherheit dazu, denn bislang steht im Programmentwurf nur der Satz: „Der Naturschutz muss verstärkt und der Tierschutz konsequent durchgesetzt werden.“ Das ist so richtig, wie unzureichend. Thomas Reuter hat sich daher weitergehende Gedanken zum Tierschutz gemacht, die Sie Sie auf den Seiten 22-27 nachlesen können. Auch einen Verbesserungsvorschlag für den Programmentwurf in dieser Frage hat er unterbreitet.

In einer Fachtagung am 12.3.11 unter dem Motto „Anders wirtschaften – aber wie?“ (Seite 1) wurde ausführlich über den Wachstumsbegriff diskutiert. Im Programmentwurf ist von einer „nachhaltigen Entwicklung und eines qualitativen und selektiven, die Natur schonenden Wachstum“ die Rede. Reicht dies aus oder sollte lediglich von einer „nachhaltigen Entwicklung“ gesprochen werden. Oder sollte sogar deutlich gemacht werden, dass wir – zumindest in den Industrieländern – um eine wirtschaftliche Schrumpfung nicht herumkommen? Hierüber gehen die Ansichten in der Ökologischen Plattform durchaus auseinander, was Raum für weitere spannende Diskussionen liefert. Die Vorträge dieser Konferenz werden in den „Beiträge zur Umweltpolitik 1/2011“ abgedruckt werden.

Nicht nur das Parteiprogramm beschäftigt DIE LINKE intensiv. In diesem Jahr stehen einige Landtagswahlen an. Zum Zeitpunkt, als dieses Editorial geschrieben wurde, war nur bekannt, dass DIE LINKE in Hamburg und Sachsen-Anhalt ihr gutes Ergebnis gehalten haben. Welche umweltpolitischen Themen die DIE LINKE in den einzelnen Ländern auf die Tagesordnung setzen, können Sie auf den Seiten 3-11 nachlesen. In einer späteren Tarantel werden wir auch die linken ökologischen Positionen aus den anderen Bundesländern veröffentlichen.

Fazit: Die Ereignisse überschlagen sich und es gibt viel zu diskutieren. Daher laden wir zu unserem Bundestreffen am 21. - 22. Mai nach Rotenburg an der Fulda ein. Die vorläufige Tagesordnung finden Sie auf der Seite 1.

Bis dahin,

Ihr Ralf Henrichs
für den SprecherInnenrat der Ökologischen Plattform

Anzumerken bleibt:

Die Zusammensetzung der Tarantel-Redaktion ist neu und auch beim Layout haben wir kleinere Änderungen vorgenommen. Wir hoffen, dass beides Ihre Zustimmung findet. Auf jeden Fall bitten wir um Ihre Meinung dazu.

Sofortiger Atomausstieg – jetzt!

Erklärung des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform, 13.3.2011

Die Ökologische Plattform ist über die Ereignisse in Japan bestürzt und entsetzt. Wir trauern mit den Angehörigen um die Opfer.

Spätestens jetzt muss jedem klar sein: Der weitere Betrieb von Atomkraftwerken auch in Deutschland ist unverantwortlich. Eine Überprüfung der deutschen AKWs, wie von der Bundeskanzlerin Merkel gefordert, ist unnötig. Denn zum einen sind die Sicherheitsmängel deutscher Atomkraftwerke bekannt, zum anderen wären diese auch dann nicht sicher, wenn es keine Sicherheitsmängel geben würde.

Uns wird von der Merkel-Regierung und den Atomkonzernen suggeriert, dass in Deutschland Naturkatastrophen wie in der pazifischen Region nicht zu erwarten sind. Das wird die Bürgerinnen und Bürger aber nicht beruhigen. Denn jeder Atomunfall wird anders ablaufen. Deutlich ist geworden, dass ein GAU auch in einem hochtechnologisierten Land möglich ist.

Der deutsche Atompark gehört zu den ältesten der Welt. Weitere Diskussionen und Verzögerungen eines sofortigen Ausstiegs sind angesichts der japanischen Apokalypse daher zynisch und inakzeptabel.

Es geht auch ohne Atomstrom!

von Wolfgang Huste, 12.3.2011

In Japan existieren zurzeit 53 Atomkraftwerke. Bis 2030 plant Japan den Bau von 14 weiteren Atomkraftwerken.

Unser Mitglied Wolfgang Huste kommentiert dieses Ansinnen der Japanischen Regierung wie folgt:

„Als Pressesprecher der Ökologischen Plattform Rheinland-Pfalz und als ehemaliger Biologe und Sozialwissenschaftler protestiere ich aufs schärfste gegen die Realisierung solcher Pläne! Insbesondere in einem Erdbebengebiet, wie es ganz Japan darstellt, ist eine solche Zielvorgabe als kriminell gegenüber Millionen von Menschen und der Umwelt zu werten. Bei einem Supergau wird radioaktiv verseuchtes Kühlwasser verstärkt ins Grundwasser, in die Flüsse und ins Meer fließen. Über die Nahrungskette werden Menschen und Tiere durch radioaktive Isotope aufs Schwerste verseucht. Das führt zu Missbildungen durch Chromosomenschäden, Krebs und anderen Krankheiten. Zusätzlich gelangen über die Stratosphäre radioaktive Isotope auch nach Europa. Wer behauptet, unsere Atomkraftwerke sind sicher, lügt! Selbst wenn in Deutschland acht Atomkraftwerke abgestellt werden, gehen bei uns keineswegs die Lichter aus, wie die Lobbyisten der Energiekonzerne uns weismachen wollen! Nun heißt es endgültig: „Weg von der Energieversorgung durch Atomkraftwerke – hin zu erneuerbare Energien! Die Energiestudie von Greenpeace beweist: Es geht auch ohne Atomstrom!“

Mit ökologischen Grüßen



Demo "Abschalten!"

Anforderungen an ein modernes brandenburgisches Wassergesetz

Positionspapier Wasser der LAG Umwelt der Partei Die LINKE Brandenburg

Vorbemerkung

Der richtige Umgang mit der Ressource Wasser in Brandenburg gehört zu den großen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte. Das Jahr 2010 hat dies mit seinen Dürrezeiten im Sommer und Hochwasserereignissen im Herbst deutlich vor Augen geführt und steht für zu erwartende Entwicklungen vor dem Hintergrund des Klimawandels. Die Bewirtschaftung der Gewässer muss Wasserrückhaltung ebenso berücksichtigen wie Hochwasserschutz, muss die EU-Wasserrahmenrichtlinie umsetzen und darf dabei das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit nicht aus den Augen verlieren. Mit anderen Worten: Sie muss den Grundsätzen der Nachhaltigkeit mit ihren drei Dimensionen Soziales, Ökologie und Ökonomie gerecht werden.

Das zuletzt 2008 novellierte Brandenburgische Wassergesetz erfüllt diese Anforderungen nicht. So hatte der damalige Nachhaltigkeitsbeirat des Landes den Gesetzentwurf komplett zurückgewiesen und eine grundlegende Überarbeitung empfohlen, damit „ein Gesetz erarbeitet werden kann, das ... eine neue Qualität aufweist und den Erfordernissen der neuen Rahmenbedingungen (z.B. Anpassung an die Folgen des Klimawandel, der demografische Wandel und der nachteilige Einfluss auf die leitungsgebundene Infrastruktur, eine nachhaltige Entwicklung) gerecht wird.“ Ein Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE mit dem Ziel, diese Forderungen im Wassergesetz umzusetzen, wurde von der damaligen Landtagsmehrheit abgelehnt.

2011 steht eine erneute Novellierung des Wassergesetzes an, die formal vor allem dadurch notwendig wird, dass aufgrund der konkurrierenden Gesetzgebung nach der Föderalismusreform eine Anpassung an das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes notwendig ist. Nach der vernichtenden Kritik am Gesetz 2008 und vor dem Hintergrund steigender Herausforderungen an eine nachhaltige Wasserwirtschaft kann sich die rot-rote Koalition aber nicht auf eine rein formale Gesetzesanpassung beschränken. Schließlich hat sie im Koalitionsvertrag einen „neuen Umgang mit der Ressource Wasser“ vereinbart.

Ein neuer Umgang mit der Ressource Wasser ist erforderlich und dieser bedarf einer gesetzlichen Grundlage.

Dieser Satz aus der Koalitionsvereinbarung für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages ist wegweisend für die künftige linke Politik im Land. Ausgehend von der vorgesehenen Gesetzesnovellierung zum Brandenburgischen Wassergesetz schlagen wir die Umsetzung folgender Schwerpunkte der Wasserpolitik im Land vor.

Wassernutzungsentgelt am Verursacherprinzip orientieren und als Steuerungsinstrument nutzen

Die Entnahme von Grundwasser stellt in jedem Fall einen Eingriff in den Landschaftswasserhaushalt dar. Dies fördert die weitere Absenkung des Grundwasserspiegels, die Austrocknung der Landschaft und die, auch durch den fortschreitenden Klimawandel, immer spärlicher stattfindende Grundwasserneubildung. Bei der Entnahme von Grundwasser sind insbesondere

- die Entnahme im Rahmen bergbaulicher Nutzungen und
- die Entnahme für die Bewässerung landwirtschaftlicher Kulturen

zu berücksichtigen. Zwar stellt der bisherige § 40 des BbgWG hierfür ein geeignetes Instrument dar. Die bisherigen Regelungen sind aber zwingend verbesserungsbedürftig, da sie mit einer Vielzahl von Ausnahmen versehen sind. Daher fordern wir:

Bergbau/Energie

Die in § 40 des Wassergesetzes vorgesehenen Ausnahmeregelungen für die Freihaltung von Tagebauen sind nicht akzeptabel. Damit würde in der Praxis lediglich der bis 2004 geltende Zustand wieder hergestellt.

Es ist begrüßenswert, aber keineswegs ausreichend, wenn der vergünstigte Satz für das von Bergbauunternehmen entnommene und genutzte Grundwasser entfällt (§ 40 Abs. 4 Nr. 7). Denn durch die Befreiung „wiedereingeleiteten“ Wassers vom Nutzungsentgelt würden weiterhin all jene Wasserentnahmen freigestellt, die über Jahrzehnte zu massiven Problemen des Wasserhaushaltes in der Lausitz geführt haben, von der großflächigen Absenkung des Grundwassers mit Trockenfallen ganzer Feuchtgebiete und Fließgewässer, ungewollten Vernässungen beim Wiederanstieg und Schadstoffbelastungen der vom Bergbau geprägten Gewässer. Mit allen diesen Problemen muss

die Gesellschaft fertig werden. Es ist deshalb mehr als gerechtfertigt, wenn der Verursacher Wassernutzungsentgelt auch für Wasser zahlen muss, welches er dem Grundwasser entnimmt und dann in Oberflächengewässer einleitet oder als Kühlwasser verdampft. Hier muss auch der Kühlwassersatz erhöht werden, damit das Wassernutzungsentgelt die nötige Steuerungswirkung entfalten kann.

Dies würde zu geschätzten Mehreinnahmen von über 20 Millionen € jährlich vom Bergbaukonzern Vattenfall führen, die für wasserwirtschaftliche Aufgaben im Land dringend benötigt werden. Die Regelung könnte über eine sachgerechte Definition der „nachteiligen Veränderung“ eingeleiteten Wassers erfolgen oder durch eine Regelung, wonach nur solches Wasser vom Nutzungsentgelt befreit ist, dass in denselben Wasserkörper eingeleitet wird, aus dem es entnommen wurde.

Landwirtschaft

Der § 40 Abs. 1 des Wassergesetzes enthält die nicht belegbare Festlegung, dass 93 % des für die landwirtschaftliche Bewässerung entnommenen Wassers als „wieder eingeleitet“ gelten und damit nicht dem Wassernutzungsentgelt unterliegen. Diese durch keinerlei wissenschaftliche Studien gedeckte gesetzliche Regelung ist letztlich eine Subventionierung der Landwirtschaft, die von der Zielsetzung her nachvollziehbar ist, weil die Landbewirtschaftung vielfach auf Bewässerung angewiesen ist. Sie führt jedoch in einen Teufelskreis, weil sich durch die Grundwasserentnahme der Landeswasserhaushalt weiter verschlechtert und Wassermangel zunimmt. Diese Vergünstigung für die landwirtschaftliche Wassernutzung sollte deshalb als Steuerungsinstrument für sparsame Wassernutzung ausgestaltet werden, indem sie an sparsame Techniken der Bewässerung geknüpft wird (z.B. nur nächtliche Beregnung, oder Festlegung einer flächenbezogenen maximalen Entnahmemenge und der Nachweis eines maximalen Wasserrückhaltes auf den bewirtschafteten Flächen). Die Nutzung von Wasser zur Bewässerung von Kleingärten die über übliche Wasserzähler abgerechnet wird, unterliegt nicht der hier angestrebten Neuregelung. Weiterhin ist auch die Nutzung von Grundwasser aus bestehenden Brunnen zur Gartenbewässerung wie bisher möglich.

Der Gesetzgeber muss beachten, dass soziale und ökologische Härten vermieden werden. Das gilt besonders beim Obst- und Gemüseanbau, deren Rolle bei der Erhaltung der Kulturlandschaft, als Arbeitgeber im ländlichen Raum und als Träger der touristischen Entwicklung honoriert werden soll.

Zieldefinition der Gewässerunterhaltung prüfen

In Zeiten des Klimawandels ist Wasserrückhalt mindestens in gleicher Weise ein Ziel der Gewässerunterhaltung wie Wasserabfuhr in niederschlagsreichen Perioden. In der Vergangenheit haben einzelne Wasser- und Bodenverbände darauf hingewiesen, dass Maßnahmen zum Wasserrückhalt und zur Wasserspeicherung nicht ausreichend durch die gesetzliche Definition der Gewässerunterhaltung gedeckt seien. Dies sollte geprüft und falls notwendig behoben werden, eventuell auch als Abweichungsregelung zum Wasserhaushaltsgesetz des Bundes.

Management heißt Wasserrückhalt bei Überschuss und Zurverfügungstellung bei ökologischem und produktivem Bedarf. Das wird vor allem an den Oberläufen der Flüsse geregelt werden. Mit den polnischen und tschechischen Nachbarn sollte mit Hilfe der EU ein System von Retentionsflächen aufgebaut werden. Dort wurde schon vor Jahrzehnten auf diese Weise die Trinkwasserversorgung, der Mindestabfluss, der Hochwasserschutz und die Stromgewinnung im Harzvorland gesichert.

Projekte zur Wasserrückhaltung erleichtern

Träger von Projekten der Wiedervernässung beklagen häufig, dass selbst für kleine Renaturierungsmaßnahmen, die keine nachteilige Wirkung auf Dritte entfalten können, aufwändige Genehmigungsverfahren erforderlich sind. Hier sind dringend Vereinfachungen bei den Genehmigungsverfahren einzuführen. Gerade die Sanierung von Kleingewässern oder der Rückbau von Fließgewässern und Meliorationsanlagen sind dringend für die Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes erforderlich. Im Koalitionsvertrag wird ein Moorschutzprogramm für unser Land gefordert, um die Funktionsfähigkeit der noch vorhandenen Moorflächen als Wasserspeicher, Kohlenstoffsенke und Lebensraum zu erhalten bzw. wieder herzustellen. Hierbei muss auch das Mitwirken von Umweltverbänden und anderen bürgerschaftspflichtigen Initiativen durch Planungs-erleichterungen gewährleistet werden und dies auch so im § 129a seinen Niederschlag finden.

Gewässerunterhaltung ökonomischer gestalten und gerechter finanzieren

Die Organisation und Finanzierung der Unterhaltung der Gewässer 2. Ordnung war schon 2008 das meistdiskutierte Thema bei der Novellierung des Wassergesetzes. Die damals beschlossene Lösung kann nicht befriedigen, denn sie ist ungerrecht, da sie nicht am Verursacher- oder

Vorteilsprinzip ausgerichtet ist. Sie bietet keinen Anreiz zur Prüfung der ökonomischen Berechtigung von Unterhaltungsmaßnahmen. Folgende Vorschläge aus der Diskussion 2008 sollen erneut aufgegriffen und gründlich geprüft werden:

- Mitgliedschaft der Flächeneigentümer in den Wasser- und Bodenverbänden, um ein direktes Mitspracherecht der Beitragszahler zu ermöglichen. Die 2008 eingeführte Beiratsregelung ist zu evaluieren (betrifft Gesetz über die Bildung von Gewässerunterhaltungsverbänden).
- Einführung eines nutzungsabhängigen Vorteils- und Verursacherprinzips bei der Umlage der Beiträge statt des einheitlichen Flächenmaßstabs. Dies ist auch eine Forderung aus dem Wahlprogramm 2009 der LINKEN. Möglich ist eine Differenzierung nach bebauten und unbebauten Flächen oder auch eine weitergehende Differenzierung nach Nutzungsart.
- Aufgabe der Unterhaltungspflicht durch die Wasser- und Bodenverbände für untergeordnete Gräben, deren Unterhaltung nicht im öffentlichen Interesse liegt.
- generelle Beitragsbefreiung von Naturschutzflächen, die keiner Bewirtschaftung unterliegen oder dem Ziel der Wiedervernässung dienen.

Naturnahe Entwicklung in Deichvorländern ermöglichen

In § 100c (Referentenentwurf § 102) ist geregelt, dass die Wasserbehörde gegenüber dem Eigentümer oder Nutzungsberechtigten anordnen kann, Bewuchs in Deichvorländern zu entfernen. Diese Regelung kollidiert mit Naturschutzrecht, weil es sich dabei in der Regel um geschützte Auwaldelemente handeln wird. Die Regelung ist nicht notwendig und soll ersatzlos gestrichen werden.

Neuorientierung der Abwasserentsorgung und -verwertung

Die dezentrale Abwasserentsorgung sowie die Abwasserwertung sollen als Ziel der Abwasserbewirtschaftung formuliert werden. Folgender Regelungsbedarf besteht (teilweise auch im Kommunalabgabengesetz):

- Gleichrangigkeit von Kleinkläranlagen vor Neuanschluss an zentrale Abwassersysteme
- kein Anschlusszwang für Grundstücke mit eigener Kleinkläranlage oder Abwasserwiederverwertung
- garantierte Betriebsgenehmigung für Kleinkläranlagen für 15 Jahre

- Vorrang der Verwendung gereinigten Abwassers zur Verbesserung des Landschaftswasserhaushaltes (z.B. Vernässung von Feuchtgebieten, Verrieselung, Bewässerung), soweit keine Gründe des Gewässer- und Bodenschutzes dagegensprechen.

Beschlossen auf der Sitzung der LAG Umwelt der Partei Die LINKE am 15. Januar 2011 in Potsdam

Hamburg für Alle - Ökologisch, sozial und solidarisch!

von Gilbert Siegler

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen müssen weltweit geschützt werden. Belastungen von Böden, Wasser und Luft durch Raubbau, Schadstoffe und Radioaktivität schädigen und zerstören elementare Ökosysteme und führen zu Krankheit und Tod von Pflanzen, Tieren und Menschen.

Die ökologischen Fragen sind zugleich dringende soziale Fragen. Von den Abgasen der Müllverbrennungsanlagen sind die Stadtteile der „kleinen Leute“ belastet, und die Hamburger Millionäre leben nicht an lauten, verpesteten Ausfallstraßen. Lebensmittel aus ökologischem Anbau, die nicht mit Dioxin, Schwermetallen, Pestizid- und Düngemittelrückständen belastet sind, können sich Menschen ohne Arbeit oder in prekären Arbeitsverhältnissen nicht leisten.

Die kapitalistische Produktionsweise zerstört auf Dauer nicht nur die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen, sondern auch die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen, um höchste Profite zu ermöglichen. In der Phase der entfesselten Herrschaft transnationaler Konzerne und des globalisierten Finanzkapitals hat sich dieser Prozess noch dramatisch beschleunigt.

Linke Politik fordert Umweltgerechtigkeit und wird deshalb stets auch die Umweltinteressen der Menschen gegen die herrschende Politik verteidigen. Das ermöglicht zugleich immer mehr Menschen, ihre Lebensweise umzustellen.

Drohende Klimakatastrophe – katastrophale Energiepolitik

Klimawissenschaftler halten eine Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur um 4,3 Grad bis zum Ende dieses Jahrhunderts gegenüber der vorindustriellen Zeit für wahrscheinlich – wenn es nicht gelingt, die Emissionen von Treibhausgasen drastisch zu verringern. 4,3 Grad entspricht in etwa dem Temperaturunterschied zwischen der letzten Eiszeit und heute.

Die Folgen einer Erhöhung um 2 Grad sind nach heutigen Erkenntnissen gerade noch zu bewältigen. Der IPCC (Weltklimarat) prognostizierte noch 2007 einen Meeresspiegelanstieg von 18 bis 59 Zentimeter bis Ende des 21. Jahrhunderts. Der Forschungsbericht der UNEP (Umweltprogramm der UNO) rechnet nun mit bis zu 2 Metern bis 2100.

Eine globale Erwärmung dieses Ausmaßes würde die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen zerstören. Ein Meeresspiegelanstieg von mehreren Metern würde die großen Deltagebiete (z. B: Niger, Nil, Mekong etc.) und damit den Lebensraum für einige Hundert Millionen Menschen im Meer versinken lassen. Auch an der Nordseeküste und in Hamburg lassen sich die Deiche nicht beliebig erhöhen. Beträchtliche Teile der norddeutschen Tiefebene wären bedroht. Ob die Elbinsel Wilhelmsburg zu halten wäre, ist fraglich.

Zu den Folgen würde auch eine deutliche Verknappung des Trinkwassers, der landwirtschaftlichen Nutzfläche und der Artenvielfalt gehören.

Die volkswirtschaftlichen Verluste werden auf 5 – 20% des zu erwartenden Volkseinkommens geschätzt. Soziale und politische Destabilisierung, Verarmung großer Bevölkerungsteile, große Flüchtlingsbewegungen und zunehmende Ressourcenkriege wären die Folgen.

Die Folgen des Klimawandels treffen schon heute zuerst und am brutalsten die Armen. Etwa 300.000 Tote jährlich und über 20 Mio. Flüchtlinge sind schon jetzt auf die Klimakrise zurückzuführen. In der Zukunft droht eine Vervielfachung, und die Folgen der globalen Erwärmung werden keinesfalls auf die armen Länder des Südens beschränkt bleiben.

Hauptursache ist die Verbrennung gewaltiger Mengen fossiler Brennstoffe (Kohle, Öl, Erdgas), die den Energie-, Chemie- Auto- und Flugzeugkonzernen nützt, aber die Lebensinteressen der großen Mehrheit verletzt.

Der Klimaschutz ist die große Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Eine reiche Großstadt wie Hamburg müsste mit guten Beispielen eines neuen Umweltverständnisses vorangehen. Das Ziel muss sein, den Raubbau an natürlichen Ressourcen einzustellen, die Nutzung von Kohle und Öl radikal zu verringern, ohne Atomkraft und ohne für die Produktion von Agroenergie Lebensmittelproduktion einzuschränken und Regenwälder abzuholzen.

Mit den bisher realisierten und geplanten Maßnahmen des Senats ist das richtige, notwendige Ziel, den CO₂-Ausstoß Hamburgs bis 2020 gegenüber 1990 um 40% zu senken, keineswegs zu erreichen. Darüber kann keine Propagandashow „Hamburg Umwelthauptstadt 2011“ hinwegtäuschen.

Die CO₂-Emissionen Hamburgs sind auf viel zu hohem Niveau. Die Regierenden in Hamburg hatten und haben nicht den Mut, durch eine intelligente Stadt- und Verkehrsplanung, durch gezielte und sozial gerechte gesetzliche Vorgaben und Förderpolitik den Verbrauch fossiler Energien dem Stand der Technik entsprechend abzusenken. Notwendig ist dafür eine langfristige gesellschaftliche Planung. DIE LINKE will einen grundlegenden sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft. Das Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus ist die Energiewende hin zu einer sozialen, ökologischen und demokratisch kontrollierten Energieversorgung. Im Folgenden werden einige wesentliche Bausteine einer Energiewende in Hamburg skizziert.

Die LINKE HAMBURG fordert:

- Die **Energieproduktion** muss in Gemeineigentum überführt werden. Sie muss sozial gerecht, klimaverträglich und demokratisch kontrolliert betrieben werden. Im ersten Schritt sind die Energieversorgungsnetze (Fernwärme, Gas, Strom) und die Fernwärmeversorgung wieder in die öffentliche Hand zu übernehmen.
- Wir unterstützen deshalb das Bündnis **“Unser Hamburg-unser Netz”** und werden auch das geplante Volksbegehren unterstützen. Den zukünftigen Hamburger Senat fordern wir auf, das Strom-, Gas- und Fernwärmenetz sowie die Fernwärmeversorgung vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen und eine direkt-demokratische Kontrolle durch die BürgerInnen zu ermöglichen.
- 15.000 armen Hamburger Familien wird jedes Jahr von Vattenfall der Strom abgestellt. Das muss sofort gesetzlich unterbunden werden.

- HAMBURG ENERGIE muss so ausgestattet und geleitet werden, dass es zum größten Energieversorger Hamburgs wird, der die Stadt mit selbst produzierter Energie versorgt, die aus regenerativen Quellen und effizienter Kraft-Wärme-Kopplung stammt. HAMBURG ENERGIE ist mit anderen Versorgungsunternehmen in öffentlicher Hand zu HAMBURGER STADTWERKEN zusammenzuführen.
- Keine Vattenfall–Fernwärmetrasse durch St. Pauli und Altona! Hamburg braucht Fernwärme aus dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die mit Gas befeuert werden.
- Eine Energiewende hin zur Versorgung allein aus regenerativen Quellen ist nur möglich, wenn der Energieverbrauch deutlich sinkt. Die größten Möglichkeiten zur Energieeinsparung liegen beim Wärmeverbrauch für Raumheizung. Die **energetische Sanierung des Gebäudebestands** muss von bisher 1-2% jährlich mindestens auf das Fünffache erweitert werden. Die Umsetzung gesetzlicher Vorgaben für die energetische Sanierung muss endlich wieder kontrolliert werden. Einkommensschwache Mieter sind vor Mieterhöhungen zu schützen, die die Einsparungen bei den Heizkosten übersteigen.
- Große Energieeinsparpotentiale hat auch der **Verkehr**. Der ÖPNV muss durch drastische Preissenkungen für viel mehr Menschen attraktiv werden. Ein Sozialticket muss für alle Menschen erschwinglich sein. Ziel ist eine kostenfreie Nutzung des Nahverkehrs. Zugleich muss der Fuß- und Radverkehr ernsthaft gefördert werden. Der zügige Ausbau des ÖPNV, insbesondere der Bau eines Stadtbahnnetzes muss vielen Menschen die Möglichkeit geben, auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Die schlecht angeschlossenen Stadtteile (Osdorfer Born, Steilshoop, Bramfeld usw.) erhalten damit eine deutlich bessere Verkehrsanbindung. Wir unterstützen die Volksinitiative "Für eine Stadtbahn in Hamburg – damit wir mobil bleiben!" und rufen alle HamburgerInnen auf zu unterschreiben.

Atomkraft

Die Hamburger Bevölkerung ist von den umliegenden AKWs akut bedroht. Vattenfall und E.ON betreiben die AKWs in Krümmel, Brunsbüttel und Brokdorf weiter und gefährden damit zur Steigerung ihrer Profite Gesundheit und Leben von Millionen Menschen. Hunderte von Atomtransporten durch Hamburg gefährden jedes Jahr die Gesundheit der Menschen.

Deshalb fordert die LINKE, die sofortige Stilllegung der AKWs in Krümmel, Brunsbüttel und Brokdorf und aller anderen Atomanlagen! Die Atomtransporte sind zu unterbinden!

Elbvertiefung

Immer neue Elbvertiefungen zerstören die Reste einer einst einzigartigen Flusslandschaft und erhöhen zugleich die Gefahr gefährlicher Sturmfluten. Sie nutzen großen Reedereien und den Unternehmen, welche die Elbvertiefung durchführen, aber sie schaden den Lebensinteressen der Mehrheit der Gesellschaft an einer intakten Umwelt und am sicheren Hochwasserschutz.

Die behaupteten, aber keinesfalls nachgewiesenen wirtschaftlichen Vorteile einer weiteren Elbvertiefung stehen in keinem Verhältnis zu den ökologischen Folgen und der wachsenden Gefahr für die Deichsicherheit und durch höhere Sturmfluten.

Deshalb lehnen wir jede weitere Elbvertiefung ab.

Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschen ist Maßstab linker Politik

Systemfrage Ökologie

Eine Politik und ein Wirtschaftssystem, das die natürlichen Lebensgrundlagen unserer Kinder und Enkel und der Menschen anderer Völker zerstört, ist zutiefst unsozial und unsolidarisch.

Eine ökologisch nachhaltige Entwicklung steht im Widerspruch zur kapitalistischen Wachstumslogik. Die ökologische Frage ist zugleich eine ökonomische, soziale und kulturelle – eine Systemfrage.

Die Linke will statt der Profitinteressen der Konzerne die Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschen zum Maßstab zu machen. Dafür setzt sie sich gemeinsam mit den Umweltverbänden und anderen gesellschaftlichen Bewegungen ein.

Grüner Umwelt- und Bausenator gleich ökologischer Städtebau?

von **Thea Kleinert**

In den städtebaulichen Zielen für Bremen wurde unter anderem eine ökologische Stadtentwicklung beschrieben. Und in Bremen haben wir einen grünen Umwelt- und Bausenator. Was dies in der Praxis bedeutet, kann man am Beispiel der Bebauung des Stadtwerders – mitten im Herzen der Stadt – sehen. Der Stadtwerder erstreckt sich in der Neustadt auf zirka 6 Kilometer Länge zwischen der Weser und der in Höhe der Teerhofspitze in sie einmündenden Kleinen Weser.

Bereits seit über 10 Jahren gab es Begehrlichkeiten der Bremer Immobilienwirtschaft, den Stadtwerder zu bebauen. Statt Kleingärten, Rudervereinen und Naherholungsgebiet sollte eine Verstädterung stattfinden, Wohnungen für bis zu 18 Tausend Einwohner geschaffen werden. Auf dem mittellostlich gelegenen Teil des Stadtwerders hatte die swb AG (Stadtwerke Bremen) ein großes Gelände mit dem Wasserturm, auch als „Umgedrehte Kommode“ bezeichnet. Dieses Gelände gehörte einmal der Stadt Bremen. Durch einen städtebaulichen Vertrag zwischen der swb AG und der Stadt Bremen wurde 2004 dieses Gelände zum Verkauf an private Bauinvestoren freigegeben. In diesem städtebaulichen Vertrag wurde auch geregelt, dass die Planung und Gestaltung der öffentlichen Grünflächen auf und neben dem Gelände (an der Kleinen Weser) durch die Investoren zu erfolgen hat. 2005 erfolgte der Beschluss über den Bebauungsplan in der Bürgerschaft. 2009 erfolgte die Rahmenplanung, vorgestellt durch die beauftragten Architekten und Landschaftsplaner und den Bausenat.

Die im Zusammenhang mit der Rahmenplanung erstellten Gutachten zur Risikoabschätzung und zur Biotopbilanz sagten zusammengefasst folgendes aus:

Seltene Brutvogelarten könnten vertrieben werden, für diese gibt es keine Alternative. Betroffen können sein die Waldohreule, Spechtarten, Wasservögel. Waldgürtel hat Habitatfunktion und Verbindungsfunktion für die Avifauna. Im Zusammenhang mit der Untersuchung zum Gutachten wird von einer artenreichen Avifauna ausgegangen. Einschätzung der Gutachter:

Nur geringe Veränderungen bringen unwesentliche Beeinträchtigungen der Brutvögel mit sich.

Zur vorliegenden Biotopbilanz wurde ausgeführt: Es ist die Fällung von 14 geschützten Bäumen (Bergahorn und Stieleiche) mit einem Stammesumfang von 153-193 cm vorgesehen. Es wird mittelfristig die Aufforstung eines Stadtwaldes gefordert. Keine Ausweich-Alternative in der Region für Flora und Fauna.

Daraufhin stimmten wir LINKE im Beirat Neustadt der Rahmenplanung nicht zu. Wir holten den NABU als Träger öffentlicher Belange dazu, der eine sehr ausführliche Stellungnahme abgab, und sich ausdrücklich dafür aussprach, die Naturschutzrichtlinien des Landes Bremens einzuhalten.

Hieraus sei ausschnittsweise zitiert:

„Wir möchten zudem darauf hinweisen, dass auch bei Umgestaltung von öffentlichen Grünanlagen die Ziele und Grundsätze des bremischen Naturschutzrechts zu berücksichtigen sind. Der ca. 680m lange Parkwald entlang des Ufers der Kleinen Weser ist mit seiner waldartigen Struktur und teilweisen 40-50 Jahre alten Baumbestand sowie wertvollen Ufersaumbiotopen ein sehr wichtiger Bestandteil des städtischen Biotopverbundsystems. Gerade im dicht besiedelten Bereich der Neustadt erfüllt er seine Funktion als Trittsteinbiotop zur Vernetzung der Lebensraumstätten vieler Vogel, Insekten und auch Fledermausarten und hat somit einen hohen ökologischen Wert. Lange Jahre blieb der Streifen entlang der Kleinen Weser unberührt und so konnte sich wertvolle Lebensräume für Vögel, Insekten, Fledermäuse etc., entwickeln. Aufgrund seiner gewachsenen vielfältigen Struktur an Fauna & Flora und seiner Unzerschnittenheit im stark besiedelten Bereich hat dieser Parkwald einen enorm hohen ökologischen Wert, der durch Ausgleichsmaßnahmen nicht zu ersetzen ist. Aufgrund der Kleinräumigkeit des Gebietes wird der ökologische Wert des Parkwaldes durch den Eingriff stark gemindert. Nach dem bremischen Naturschutzgesetz ist ein solcher Lebensraum zu schützen und zu erhalten. In § 1, Absatz 9 des bremischen Naturschutzgesetzes steht geschrieben, dass wild lebende Tiere und Pflanzen und ihre Lebensgemeinschaften als Teil des Naturhaushaltes in ihrer natürlichen und historisch gewachsenen Artenvielfalt zu schützen sind. Ihre Biotope und ihre sonstigen Lebensbedingungen sind zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln oder wiederherzustellen. Ein Eingriff, wie er nach der gültigen Planung vorgesehen ist, bedeutet für diesen kleinräumigen Lebensraum immer eine negative

Auswirkung auf die dort lebenden Fauna und Flora. In §1. Absatz 10 des bremischen Naturschutzgesetzes ist erwähnt, dass **besonders** im besiedelten Bereich noch vorhandene Naturbestände, wie Wald, Hecken, Wegraine, Saumbiotop, Bachläufe, Weiher sowie sonstige ökologisch bedeutsame Kleinstrukturen zu erhalten und zu entwickeln sind. Eine Zerschneidung dieses wertvollen Lebensraumes widerspricht diesen Zielen. Wir fragen zudem an, ob ein Pflege und Entwicklungskonzept für den Parkwald vorhanden ist und wie die geplante Schneise mit diesem Konzept verträglich ist. Dieses gilt es zu klären!

Der Parkwald hat aufgrund seiner Lage im dicht besiedelten Bereich einen sehr hohen Wert als städtischer Naturerfahrungsraum. Er ist leicht zu Fuß oder mit dem Rad erreichbar mit einer unmittelbaren Nähe zum Wohnquartier. Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen bietet der Parkwald die Möglichkeit, in ihrem alltäglichen Erfahrungsraum Natur zu erleben, eine Natur, die in unseren Städten heute kaum noch vorkommt – verdrängt durch Baugebiete, Verkehrsflächen und intensiv gestalteten Grünanlagen. Natur-Erfahrungsräume sind sozial erwünscht weil sie unter anderem zur Steigerung der Wohnqualität führen und darüber hinaus den ökologischen Wert (speziell die Biodiversität) auf dem Areal dauerhaft erhöhen. Außerdem zu einer emotionalen Verbundenheit mit der Natur führen, die weit über das rein kognitive Verstehen hinausgeht. Langfristig führt dieser Naturerfahrungsraum zu einem sensibleren Mensch-Natur Verhältnis und trägt zu einem wachseren Umweltbewusstsein bei. Belange von Naturschutz und Erholung lassen sich optimal miteinander verknüpfen und damit auch die Akzeptanz von Naturschutz erhöhen. Wir fordern den Erhalt der Unzerschnitttheit des Parkwaldes und lehnen eine Sichtschneise ab.“

Auch ein pensionierter Wohnungsmediziner (heute Umweltmedizin) meldete sich in der öffentlichen Diskussion über die Rahmenplanung zu Wort und erklärte mittels Flugblatt, dass die Bebauung des Stadtwerders und Veränderungen in den Grünflächen ein schwerwiegendes Strömungshindernis für die Lüfterneuerung darstellen.

Die Einwendungen des NABU, der BürgerInnen sowie der LINKEN führten dazu, dass über die Gestaltung der öffentlichen Grünfläche an der Kleinen Weser, vom NABU als Parkwald bezeichnet, ein dreijähriges Moratorium verhängt wurde, mit dem Versprechen, dort keine Veränderungen vorzunehmen.

Inzwischen wurden trotz dieser Zusage im Interesse der Bauherren weitere Bäume gefällt und Eingriffe am Ufer vorgenommen für die baulichen Arbeiten. Der Bausenat bestreitet, dass es sich bei der öffentlichen Grünfläche um ein schützenswertes Biotop handelt, außerdem wurde damit argumentiert, dass zum Ausgleich mehr neue Bäume auf dem Bebauungsgelände gepflanzt werden, als gesetzlich vorgeschrieben.

Im September 2010 erfolgte die erste Grundsteinlegung. Aus diesem Anlass veröffentlichte ich folgenden Text auf unserer Homepage:

„Die Bebauung auf dem Stadtwerder ist ein leuchtendes Beispiel für neoliberale Städtebaupolitik in Bremen. An einem sensiblen Ort der Stadt, auf der Werderinsel, die auch eine ‚Lungenfunktion‘ für die Stadt hat und als Naherholungsgebiet für die BremerInnen wichtig ist, werden exklusive Eigentumswohnungen und Häuser entstehen. Alles privat – versteht sich, alles luxuriös.“

Am 03. September 2010 fand leider die Grundsteinlegung für die ersten beiden fünfgeschossigen Wohnhäuser auf dem ehemaligen swb-Gelände statt. Die Bauherren Kathmann und Wiebe Bau erfanden in Kooperation mit Robert C. Spieß Immobilien den schönen Namen RIVA zur Vermarktung von Luxus-Eigentums-Wohnungen.

Durch einen sogenannten Städtebaulichen Vertrag der Hansestadt Bremen mit der swb wurde bereits vor mehreren Jahren Nägel mit Köpfen gemacht: Städtisches Grundstückseigentum wurde zur Privatisierung freigegeben. Der „Grundstücks-Kuchen“ wurde dann unter in Bremen und der Bremer Neustadt bekannten Bauinvestoren aufgeteilt. Nachdem der Bebauungsplan 2005 durch die Bürgerschaft beschlossen wurde, begannen die konkreten Vorbereitungen für die Gestaltung der Baufelder. Beauftragt wurde von den Bauinvestoren ein Architekturbüro in Hamburg.

Die Hamburger übernahmen die weiteren städtebaulichen Planungen inklusive der öffentlichen Grünplanung, die im Rahmenplan im Februar 2009 der Öffentlichkeit im Beirat Neustadt vorgestellt wurden. Wir als LINKE haben mit deutlicher sozialer und ökologischer Argumentation gegen diesen Rahmenplan gestimmt. Damit standen wir allerdings politisch allein da. Dafür haben sich die Neustädter BürgerInnen begonnen, mit der Stadtwerderbebauung und deren Folgen für ihr Naherholungsgebiet an der Kleinen Weser aktiv zu beschäftigen. Als Folge entstand im Sommer 2009 die Bürgerinitiative „Rettet den Stadtwerderwald“.

Nun werden ca. 420 Wohneinheiten verteilt um die Umgedrehte Kommode entstehen. Es soll Energie-effizient gebaut werden. Die Wohnungen werden ausschließlich als Eigentum verkauft. Bei RIVA soll der Quadratmeter günstigstenfalls 2250 € kosten.

Sozialer Wohnungsbau oder Einrichtungen für Kinder sind nicht vorgesehen. Es soll Energie-effizient gebaut werden. Die Wohnungen werden ausschließlich als Eigentum verkauft. Die verkehrliche Anbindung ist nicht ausreichend gelöst, die Anwohner des Stadtwerders und die NeustädterInnen an sich sind an den Planungsprozessen nicht beteiligt worden.

Gegen "Wohnen für Besser- verdienende" - BürgerInnen- beteiligung von Anfang an und in direkter Form

Bau von Ferien- und Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche unter Berücksichtigung von ökologischen Kriterien, die Gestaltung mit grüner Architektur.

Stattdessen bekommen wir ein "Wohnen für Besserverdienende" ohne soziale Infrastruktur. Viele alte und auch geschützte Bäume auf dem Baugelände wurden und werden gefällt und das Ökosystem an der Kleinen Weser, welches eine Landschaftsschutzfunktion hat, verändert und gestört.

Diese Städtebaupolitik muss beendet werden. Wir wollen, dass die Stadt nicht mehr im Interesse von wenigen Bauinvestoren privatisiert und verbaut wird.

Gerade in Bremen benötigen wir öffentliches Grün. Die Stadt hat zu wenig davon, wie sie selbst zugibt. Die Umweltwerte von Bremen sind auch nicht die besten, wie die Diskussion um die Einrichtung von Umweltzonen ans Licht brachte. Wir wollen, dass sozial und ökologisch geplant und gebaut wird.

Wir wollen BürgerInnenbeteiligung von Anfang an und auch in direkter Form.

Unserer Meinung nach wurde hier ein wichtiges städtisches Grundstück an wenige Bauinvestoren "verschenkt". Es wurde die Chance vertan auf eine öffentliche Nutzung z. B. die Entwicklung eines Naherholungsgebietes auf dem ehemaligen swb-Gelände, der

Schwerpunkte linker Umweltpolitik in Sachsen-Anhalt

**von André Lüderitz und
Uwe-Volkmar Köck**

Die Linken in Sachsen-Anhalt stehen für einen ganzheitlichen Ansatz in der Umweltpolitik. Zwar wird der Nachhaltigkeitsbegriff ständig bemüht, tatsächlich ist jedoch sektorales Denken vorherrschend. So leiden Landesentwicklungsplan, Biodiversitäts-Strategie, Energiekonzept, Klimaschutzkonzept und das Maßnahmenkonzept an der unzureichenden gegenseitigen Abstimmung, Umweltbelange haben im Konfliktfall oder bei Abwägungen in der Regel zurückzustehen. Ausdruck dessen ist, dass im Landesentwicklungsplan Umweltbelange überwiegend nur als Grundsätze der Raumordnung ausgewiesen sind. Defizite in der Arbeit der Landesregierung sehen wir insbesondere im Bereich Naturschutz, in der Abfallwirtschaft, im Ressourcenschutz und in der Energiepolitik.

Vor dem Hintergrund der bisherigen und zukünftigen Entwicklung Sachsen-Anhalts bedarf es eines Wechsels hin zu einer nachhaltigen Landespolitik und deren volkswirtschaftlichen Steuerung. Wir brauchen öffentliche Diskussion und breite gesellschaftliche Mitwirkung.

Erste Schritte in dieser Richtung könnten sein:

- Die Berufung eines Nachhaltigkeitsbeirates durch den Landtag, der alle Gesetzesvorhaben aber auch das untergesetzliche Regelwerk auf Nachhaltigkeit prüfen könnte und mit einer „Rücküberweisungskompetenz“ ausgestattet werden sollte. Seine Hauptaufgabe wäre die Beratung des Parlaments in allen strategischen Zukunftsfragen.
- stärkere Gewichtung ökologischer Aspekte im Vergabegesetz.
- Neuorientierung der Energie- und Klimaschutzpolitik auf Landesebene. Aufstellung eines Energie- und Klimaschutzkonzeptes 2020 mit anspruchsvollen Zielfestlegungen sowie klaren Maßnahmen für alle Politikbereiche.
- Errichtung einer Landesenergie- und Klimaschutzagentur.

Generelle Zielsetzungen:

- Bündelung und Abgleichung der vielfältigen umweltrechtlichen Regelungen in einem Landes-Umweltgesetzbuch.
- Wirtschaftsförderung und Beihilfen sind konsequent auf einen minimalen Ressourcenverbrauch auszurichten, darin ausdrücklich eingeschlossen sind die räumliche, städtebauliche und verkehrliche Entwicklung.
- Zur Finanzierung der Umweltpolitik sind alle Möglichkeiten der Landesebene zur Kostenerstattung für Ressourcenverbrauch zu nutzen (u. a. Wassercent, Feldflurförderabgabe).
- Die Naturaussstattung Sachsen-Anhalts ist von europaweiter Bedeutung und muss weiter gesichert werden. Dazu ist es erforderlich die NATURA 2000 Gebiete auszubauen und zu sichern. Bis 2013 sollten alle Management- und Monitoringpläne erstellt werden.
- Der Nationalpark Harz, die Biosphärenreservate und Naturparke sind dauerhaft zu sichern und ihre personelle sowie materielle Ausstattung dem Bundesdurchschnitt bzw. den Vorgaben der UNSECO anzupassen.
- Unter Einbeziehung der 2010 übernommenen Flächen des grünen Bandes und des nationalen Kulturerbes sind die Biotopverbünde weiter zu entwickeln und die Unterschutzstellung auf 15% der Landesfläche auszudehnen.
- Schnellstmögliche Erarbeitung von Grundwasser-managementplänen zur Ergänzung der im Rahmen der europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie (WRRL) erarbeiteten Dokumente.
- Verbindliche Unterstützung der Unterhaltungsverbände mit einem jährlichen Landes-zuschuss.
- Einführung einer Wasserentnahmegebühr zur Finanzierung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen.
- Zusammenführung der gestreuten Kompetenzen in der Abfallwirtschaft und beim Verbraucherschutz in jeweils einer Landesbehörde.
- Die Altlastenanstalt ist auf noch nicht absehbare Zeit unverzichtbar. Versuchen, aus dem Altlastenfond zeitweilig Mittel für andere Haushaltsbereiche zu entnehmen, ist zu widerstehen. Sie sind auch in schwieriger Haushaltssituation nicht zulässig! Die Altlastenanstalt ist zukünftig mehr zu Beratungs- und Controllingzwecken im Landes-auftrag zu nutzen.
- Mit Hilfe der Maßnahmen des zu erstellenden Energie- und Klimaschutzkonzepts 2020, soll es möglich werden, die CO₂-Emissionen um 10% in Bezug auf 2010 zu reduzieren und den Anteil von Strom- und Wärmebereitstellung aus Erneuerbaren Energien auf 50% zu steigern.
- Auf den Bau weiterer Kohlekraftwerke ist zu verzichten.
- Raumplanerisch soll gesichert werden, dass 1% der Landesfläche für die Windkraftnutzung zur Verfügung stehen. Pilotprojekt „Energetische Modellregion Harz“ sind Möglichkeiten der Überführung einzelner Bestandteile in reales Handeln zu prüfen und die Nachnutzung für weitere Regionen zu ermöglichen.
- Die Nutzung von Gas- und Salzfeldern zur Energiespeicherung ist weiter aktiv zu begleiten und mögliche Modellvorhaben sind vorrangig zu fördern.
- Das Potenzial der Tagebaurestlöcher für Pumpspeicherungszwecke von Energie ist landesweit zu ermitteln.
- Um den Energieverbrauch für Heizzwecke und damit den CO₂-Ausstoß weiter zu verringern, sollte eine Erweiterung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes insbesondere hinsichtlich der Berücksichtigung der sozialen Leistungsfähigkeit auch auf Bestandsbauten ausgeweitet werden.

Für alle landeseigenen Immobilien sind auf der Basis der Energieausweise, Energieeffizienzpläne zu erstellen.

Die Technologie des Fracking

von Michael Bolz

Ungefähr 25% des weltweiten Energieverbrauchs werden durch Gas abgedeckt. Gas könnte Prognosen zufolge in den nächsten 25 Jahren andere fossile Brennstoffe wie Kohle und Erdöl ablösen. Doch auch die Erdgasvorräte sind endlich. Wie bei Erdöl müssen immer größere Tiefen angebohrt werden. Teilweise lohnt sich die Förderung finanziell nicht. Fracking (auch Fracing, hydraulic fracturing, fracs oder fraccing genannt) könnte hier Abhilfe schaffen.

Schwerpunkt: Fracking und CCS

Anders als bei konventionellen Vorkommen, wo das Gas in Blasen im Erdreich zu finden ist, kann unkonventionell gewonnenes Erdgas nur mit einem recht hohen Aufwand gefördert werden, es muss aus dem Gestein gelöst werden. Im Gegensatz zu konventionellen Gasvorräten können in Schieferstein (Schiefergas, engl. shale-gas), Sandsteinen (Tight-Gas), Aquiferen, Kohleflözen, Tonsteinen und Kalksteinen gebundene Vorkommen nicht einfach angebohrt und gefördert werden - die Gesteinsformationen müssen durch sogenanntes "Fracking" zerstört werden, um ein Herausströmen des Gases zu ermöglichen.

Die am häufigsten eingesetzte Methode ist die des Hydraulic Fracturing. Dabei wird zunächst senkrecht in die Tiefe gebohrt, bis die Höhe der gasführenden Schicht erreicht wurde. Anschließend wird die Bohrung nach einer 90 Grad-Drehung waagrecht fortgesetzt. Dies kann über mehrere Kilometer erfolgen. Nach dem Bohren werden Löcher in das Rohr gesprengt, das die horizontale Bohrung auskleidet. Im Anschluss werden große Mengen von mit Wasser, Sand, Ton (zusammen 98 %) und Chemikalien (2 %) unter hohem Druck durch das Rohr gepresst (sog. Fracwasser). Die Flüssigkeit erzeugt bis zu 250 m vom Bohrloch künstliche Risse im Gestein durch die das Gas später abgesaugt werden kann. Stützmittel sollen die Risse offen halten. Diese werden mit Gel in die Risse transportiert. Ein zusätzlich injizierter Breaker soll das Gel wieder zersetzen, weil es sonst die Poren zusetzt.“ (3) Die Chemikalien sind beim Transport eine Art Schmiermittel und sorgen dafür, dass der Sand an den richtigen Stellen landet. Zum anderen dürfen keine Organismen in den Boden gelangen. Daher wird das Wasser desinfiziert. Der Einsatz dieser Chemikalien weckt große Sorgen bei Betroffenen und Umweltschützern. In Niedersachsen wird zur Zeit vor allem konventionelles Erdgas gefördert. Die unkonventionellen Erdgasvorkommen in Nordrhein-Westfalen haben Geologen auf rund 2100 Milliarden Kubikmeter Gas geschätzt. Das wären die zweitgrößten Vorkommen in Europa.(4) Bereits 1994/95 wurden auf der Suche nach unkonventionellem Gas die Bohrungen, „Rieth 1“ und „Natarp 1“, zur Erkundung von Flözgas aus dem unverritzten, d.h. nicht durch Bergbau beeinträchtigten Steinkohlegebirge im Münsterland durchgeführt. Allerdings wurden diese aus technischen und wirtschaftlichen Gründen 1996/97 aufgegeben.(21) Monitor (5) berichtete am 18.11.2010 über zwei heutige Frackingbeispiele in NRW. Die Talsperre Haltern liegt mitten in einer Wasserschutzzone der höchsten Schutzstufe. Hier darf weder gebadet noch mit einem Boot gefahren

werden. Was kaum einer weiß ist, dass tief im Boden Erdgasvorkommen liegen. Dieses wird mittels Fracking gefördert. Manfred Scholle, der Vorstandsvorsitzende eines der größten Wasserversorger im Land, der Gelsenwasser AG ist wütend. Im Wasserwerk Haltern bereitet Gelsenwasser Trinkwasser für Millionen Menschen in NRW auf. Erst aus der Presse erfuhr er, dass im Einzugsbereich der Wasserschutzzone Haltern nach Gas mittels der Frackungsmethode gesucht wird. Er fürchtet um das Trinkwasser. „Und wir sind überhaupt nicht beteiligt worden, auch nicht andere Wasserwerke, die ich gesprochen habe. Wir wissen von nichts, sondern wir haben das ausschließlich aus der Presse erfahren.“

Auch im Boringhauser Moor, unweit von Damme hat das Bergamt Niedersachsen der Firma Exxon-Mobil 2008 eine Erlaubnis zum Fracken nach Schiefergas erteilt. Eine Versuchsbohrung - die erste der Firma ExxonMobil in Deutschland. Die Bürgervertreter der Stadt Damme erfuhren erst jetzt, dass bei ihnen Chemikalien in den Boden gepumpt worden sind. Weder die Firma Exxon-Mobil noch das Bergamt hatten die Bürger darüber unterrichtet.

Spiegel Online veröffentlichte am 5.11.10 eine Liste der von Exxon in Niedersachsen verwendeten Chemikalien (6):

Chemikalie	CAS-Nummer
Tetramethylammoniumchloride	75-57-0
Petroleum distillate hydrotreated light	64742-47-8
Ethoxylated octylphenol	9036-19-5
Magnesium chloride	7786-30-3
Magnesium nitrate	10377-60-3
ein Biozid	55965-84-9

Quelle: SPIEGEL-ONLINE-Recherchen

Weiterhin wird der Stoff Octylphenol Ethoxylate, der beim Einatmen die Lungen stark angreift und der von seinen Herstellern als gewässerschädigend eingestuft wird, in das Erdreich eingeleitet. Hinzu kommen Biozide und ein Petroleumgemisch. Dies sind alles Stoffe, mit denen man ungeschützt nicht in Kontakt kommen sollte und die auf keinen Fall ins Trinkwasser gelangen dürfen. Aber eben dieses Risiko besteht.

Bei Monitor (5) kommt die Leiterin der Wasserbehörde in Hagen, Frau Stiller-Ludwig zu Wort. Für sie ist klar, hier wird das Wasserrecht umgangen. Besonders brisant empfindet sie den Stoff Kothan.

Bei Menschen sei er hormonverändernd, im Wasser tötet er Mikroorganismen ab. Ihre Rechechen haben ergeben, „dass es sich bei einer der zugefügten Komponenten um einen Stoff der Wassergefährdungsklasse 3 handelt. Das heißt, die höchste Wassergefährdungsklasse, die es geben kann.“ Auch bei der Gelsenwasser AG ist man entsetzt.

Das Bergamt hält die Frackflüssigkeit dagegen für unbedenklich. Die Chemikalien seien ja im Wasser hochverdünnt. „Die Frackflüssigkeit insgesamt ist nach Chemikalienrecht nicht kennzeichnungspflichtig, das heißt auch nicht giftig, und nach Wasserrecht nicht wassergefährdend.“ Dem widerspricht aber Frau Stiller-Ludwig von der Wasserbehörde Hagen vehement: „Ein solcher Stoff darf nach den Vorschriften die wir kennen, in der Wasserwirtschaft überhaupt nicht in einem Stoffgemisch vorhanden sein, wenn man davon sprechen will, dass es nicht wassergefährdend ist. Das heißt im Klartext für mich, dass man den auch nicht soweit runtermischen kann, bis er nicht mehr wassergefährdend ist, weil es ein Stoff der Wassergefährdungsklasse 3 ist.“

Ralf Bieneck von der Partei „Die Friesen“: „Die Erdgasförderung mittels Hydraulic Fracking wird nach dem Bergrecht genehmigt. Dieses aus den 1940er Jahren stammende Gesetze ermöglicht – wen wundert's – die Aushebelung der Demokratie: Betroffene Bürger, Gemeinden und Wasserverbände werden nicht beteiligt, ja oftmals von den zuständigen Bergämtern nicht einmal informiert. Gemeindevertreter und Wasserverbände erfahren vor allem aus Zeitung, Rundfunk und Fernsehen, was unter ihren Füßen passiert.“(7)

Der Arnsberger Regierungspräsident und zugleich Chef der Bergbaubehörde Gerd Bollermann fordert, das Bundesberggesetz von 1982 zu überarbeiten. Er wolle eine entsprechende Arbeitsgruppe einsetzen.(8)

Internationale Energiekonzerne setzen auf gewaltige Erdgasfelder in NRW und hoffen auf Milliardenerelöse. „Wir rechnen in der Explorationsphase mit einem deutlich dreistelligen Millionenbetrag“, sagte Gernot Kalkoffen, Chef von ExxonMobil Central Europe.(4) Die Konzerne haben ihre Claims schon abgesteckt: In halb Nordrhein-Westfalen dürfen die Unternehmen großflächig nach Gas suchen. So auch in Niedersachsen.

Die Existenz dieser Erdgasvorkommen ist schon lange bekannt, ihre Förderung galt jedoch lange Zeit als unwirtschaftlich. Durch den Anstieg der

Energiepreise und die Verbesserung der Bohrtechniken hat sich das aber gewandelt, obwohl das Verfahren des hydraulic Fracking etwa das 1,5-2-fache an Kosten verursacht wie ein konventionelles Bohrverfahren.

In den USA und Kanada wird in großem Umfang unkonventionelles Gas gefördert.

Das Tight-Gas, welches auch in Deutschland gewonnen wird, deckte im Jahr 2009 28 Prozent des US-amerikanischen Erdgasbedarfs. Erdgas aus Kohleflözen hat in den USA einen Anteil von acht Prozent. Einen Boom erlebte in den vergangenen Jahren jedoch die Förderung von Schiefergas. Zwischen 2002 und 2008 stieg der Anteil von Schiefergas an der gesamten US-amerikanischen Erdgasproduktion von zwei auf ca. sieben Prozent an. Im Jahr 2009 deckte Schiefergas nach Informationen der US-amerikanischen Energiebehörde dann bereits 14 Prozent des gesamten US-amerikanischen Erdgasbedarfs. (22) Diese Tendenz ist steigend. Gefördert wird vor allem in den Bundesstaaten Arkansas, Michigan, Virginia, West Virginia, New Mexico, Wyoming, Texas, Utah, Colorado, Louisiana und Oklahoma

Der Unfall von Weyburn

von Michael Bolz

Cenovus Energy (sprich: Se-Tenno-Vus) ist ein Öl-Unternehmen mit Firmensitz in Calgary in der kanadischen Provinz Alberta. Dieser Konzern betreibt das weltweit größte Projekt zur CO₂-Abscheidung in Weyburn (Provinz Saskatchewan).

Die ursprünglichen Einrichtungen in Weyburn entstanden Mitte der 1950er Jahre. Im Jahr 2000 begann die unterirdische Injektion von CO₂.(1). Weyburn befindet sich über einem Ölreservoir, welches 1954 entdeckt wurde. Das CO₂ für Weyburn kommt von der Great Plains Synfuels Company in Beulah (North Dakota, USA).(2) Gleichzeitig ist Weyburn ein hervorragender Standort der CCS-Forschung. Es gehört zu den weltweit größten Forschungsinitiativen der Internationalen Energiebehörde (International Energy Agency IEA) und des Petroleum Technology Research Center (PTRC) von Saskatchewan.

Cenovus erwirbt im Rahmen des CCS-Projektes CO₂ aus dem Kohlekraftwerk in den USA. Dieses

Schwerpunkt: Fracking und CCS

CO₂ wird über eine 330 km lange Pipeline in das Verpressungsgebiet gebracht.(1) Es handelt sich dabei um 23,3 Millionen Tonnen CO₂, die bisher über diesen Weg 1400 m tief unter die Erde gebracht wurden. (3) Gleichzeitig wird durch den Einsatz des CO₂ als Frackingmittel die Erdölausbeute erhöht.

Von den am Weyburn Projekt beteiligten wird von einer Leckagerate weniger als einem Prozent in 5000 Jahren ausgegangen. Eine unabhängige Untersuchung kam im Fall der Familie Kerr allerdings zu anderen Ergebnissen.(4)

Dort begann es 2005 mit Algenblüten und vielfarbigem Schaum in zwei Teichen am unteren Rand einer Kiesgrube auf Ihrem Land. Manchmal, sprudelten die Teiche. Kleine Tiere, wie Katzen, Hasen und Ziegen wurden regelmäßig in der Umgebung tot aufgefunden. Dann gab es unterirdische Explosionen. Nachts konnte die Familie Kerr knallende Geräusche, wie von einer Kanone hören. Sie gingen in den Garten und sahen ein Loch in der Wand ihrer Kiesgrube. Aus diesem Loch trat Schaum aus, so wie das Gas einer Sprudelflasche. Die Familie gab ihren Bauernhof auf.(5)

Die Kerrs beauftragten im Sommer 2010 den Geologen Paul Lafleur vom Petro-Find Geochem Ltd. Institut. Dieser fand in den Böden der Familie eine CO₂-Konzentrationen von im Durchschnitt rund 23.000 Teile pro Million bzw. 11 % CO₂ in der bodennahen Luft, was den Tod der Tiere verursacht hatte. Für Menschen sind 8 % tödlich. Durch die Messung der Mischung der Carbon-Isotopen und des festgestellten Methan konnte der Geologe das Gas zu seiner Quelle verfolgen. Daraufhin stellte er in seinem Bericht fest, dass die Quelle der hohen Konzentrationen von CO₂ in den Böden der Familie Kerr eindeutig dem des CO₂ in Weyburn injizierten identisch ist.

Zu Beginn des Weyburn-Projektes war ein Umwelt-Monitoring zur Überwachung eventueller CO₂-Ausstritte vereinbart worden. Dieses war aber 2005 eingestellt worden.

Cenovus verpflichtete aufgrund der Ergebnisse des Geologen Lafleur ebenfalls Sachverständige. Diese wollten die Ergebnisse von Lafleur aber nicht bestätigen und behaupteten Fehler in der Untersuchung. So hätte Lafleur das Boden-CO₂ in ein Meter Tiefe gemessen und damit den Ausstoß der Organismen mit erfasst. Ein Nachschlagen in Lafleurs Untersuchung hätte die Kritiker eines Besseren überzeugen können. Dort steht eindeutig, dass die entsprechende Messung in drei Meter Bodentiefe vorgenommen wurde.

Cenovus und das zuständige Ministerium hatten im Herbst 2007 eine langjährige Untersuchung der Boden-, Wasser- und Luft-Qualität vereinbart. Das Wasser und die Luft wurden an einem einzigen Tag im Juli 2008 untersucht, aber nicht auf CO₂ getestet. Seitdem haben sich Cenovus und das Ministerium geweigert, weitere Studien auf dem Grundstück durchzuführen.(6)

Pläne der Bundesregierung zur Deponierung des CO₂ wecken auch in Niedersachsen, wo die Bevölkerung mit Atommülllieferungen deutscher Kraftwerksbetreiber leidliche Erfahrungen gemacht, neu Ängste: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass es dafür eine Akzeptanz in Niedersachsen gibt“, sagte Landeswirtschaftsminister Jörg Bode.(7) Niedersachsen blockiert deshalb auch das CCS-Gesetz im Bundesrat. Bei dieser Aussage überrascht es, wenn das CO₂ seit Jahren in Niedersachsen verpresst wird, um es bei der Erdöl- und Erdgasförderung zu nutzen.

„Die Verbindung CO₂-Fracs und Gas-Produktion in Niedersachsen ist sehr erstaunlich“, sagt Bernhard Cramer, Abteilungsleiter bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR). Ähnliche Stimmen kommen aus der Politik: „Nach unseren Kenntnissen wird in Deutschland kein CO₂ zur Stimulierung der Öl- und Gasförderung genutzt“, erklärte eine Sprecherin des für CCS zuständigen Bundeswirtschaftsministeriums.(7) Rechtlich gesehen gibt es gegen das Einbringen des CO₂ als Frackingmittel keine Einwände, weil es in diesem Fall als Wirtschaftsgut gilt und nicht als Abfallprodukt. Wenn das CO₂ als CCS-Produkt deponiert werden soll, dann müsste ein rechtlicher Rahmen her - das CCS-Gesetz. Vielleicht kann man auf dieses auch verzichten. Schließlich wird mit hoher Wahrscheinlichkeit in allen salinen Aquiferen auch Gas oder Öl zu finden sein. Das Gas ist dabei im Salzwasser gelöst.

So kann dann auch der für den Einsatz der CCS-Technologie verantwortliche Wirtschaftsminister in Brandenburg, Christoffers behaupten, dass die CO₂-Verpressung in Brandenburg und das Projekt in Kanada kaum zu vergleichen seien. „In Kanada handelt es sich nicht um einen CO₂-Speicher.“ Hier wird CO₂ verpresst, um es für die Förderung von Erdöl zu nutzen.(8) Dem CO₂ dürfte es egal sein, ob es als Wirtschaftsgut innerhalb der Frackingmethode oder als Abfall aus einem Endlager an die Erdoberfläche kommt. Da helfen dann auch keine juristischen Winkelzüge.

In dem Film „Gasland“ von Josh Fox nähert sich ein Mann in den USA in seiner Küche der Spüle.

Dort hängt ein Zettel mit der Aufschrift: „Dieses Wasser nicht trinken“. Der Wasserhahn wird aufgedreht und ein Feuerzeug betätigt. Eine Stichflamme schießt dem Mann entgegen. Nach einem Report des „Ohio Department of Natural Resources“ (9) verursachte in Trinkwasser gelöstes Gas eine Explosion in einem Wohngebäude. Auch hier war Gas ins Grundwasser gelangt, nachdem bei seiner Förderung unterirdisches Gestein aufgebrochen worden war.

Die Menschen in den Verpressungsregionen, die zu Recht um ihr Leben, ihre Gesundheit, ihren Besitz und die Bewahrung der Natur fürchten, sollten sich schnellstens mit dem Zusammenhang von Fracking und CO₂-Verpressung auseinandersetzen. Ihnen könnte sonst passieren, dass Sie ihren Sieg über die Verpressungsindustrie feiern, während zuhause schon das CO₂ aus dem Wasserhahn kommt.

Anmerkungen

- 1 Cenovus Energy : Carbon dioxide enhanced oil recovery. <http://www.cenovus.com/operations/technology/co2-enhanced-oil-recovery.html>
- 2 nach Wikipedia: Carbon capture and storage. http://en.wikipedia.org/wiki/Carbon_capture_and_storage
- 3 8000 Tonnen täglich, nach Lafleur, Paul: Geochemical soil gas survey. Petro-Find Geochem Ltd. Saskatoon, 27.8.2010. Nach anderen Quellen werden seit dem Jahr 2000 von Cenovus 16 Millionen Tonnen CO₂ verpresst. Das wären dann 6000 Tonnen täglich. Siehe z.B. Weber, Bob und Graham, Jennifer: Land fizzing like soda pop: farmer says CO₂ injected underground is leaking. In: Winnipeg Free Press vom 26.1.2011. <http://www.winnipegfreepress.com/greenpage/environment/carbon-injected-underground-now-leaking-saskatchewan-farmers-study-says-113276449.html>
- 4 Lafleur, Paul: Geochemical soil gas survey. Petro-Find Geochem Ltd. Saskatoon, 27.8.2010
- 5 Weber, Bob und Graham, Jennifer: Land fizzing like soda pop: farmer says CO₂ injected underground is leaking. In: Winnipeg Free Press vom 26.1.2011. <http://www.winnipegfreepress.com/greenpage/environment/carbon-injected-underground-now-leaking-saskatchewan-farmers-study-says-113276449.html>
- 6 vgl. Weber, Bob und Graham, Jennifer: Land fizzing like soda pop: farmer says CO₂ injected underground is leaking. In: Winnipeg Free Press vom 26.1.2011. <http://www.winnipegfreepress.com/greenpage/environment/carbon-injected-underground-now-leaking-saskatchewan-farmers-study-says-113276449.html>
 - aber auch Niederlausitz aktuell: CO₂-Verpressung. Leckage in Kanada tötet Tiere – Brandenburger Bürger sehen Befürchtungen bestätigt vom 14.1.2011. http://www.niederlausitz-aktuell.de/artikel_6_12847.php
 - Böck, Hanno: Kohlendioxid-Speicher in Kanada leckt. In: Klimaretter Info vom 15. Januar 2011. <http://www.klimaretter.info/umwelt/hintergrund/7715>
 - Böck, Hanno: Schwerer Rückschlag für CCS-Befürworter. Studie: Kanadisches Vorzeigeprojekt der Kohlendioxid-Speicherung leckt – und vergiftet die Umwelt. In: Neues Deutschland vom 17.1.2011. [\[deutschland.de/artikel/188684.schwerer-rueckschlag-fuer-ccs-befuerworter.html\]\(http://deutschland.de/artikel/188684.schwerer-rueckschlag-fuer-ccs-befuerworter.html\)](http://www.neues-</div><div data-bbox=)

- Thiel, Holger: Gutachterstreit: Leckt ein CO₂-Speicher in Kanada? In: Volksstimme vom 25.1.2011. http://www.volksstimme.de/vsm/nachrichten/lokalausgaben/salzwedel/?em_cnt=1925675
- 7 Nach : Hanke, Steven: Mit CCS zum Gasboom. In: Energieglobe vom 13.01.2011. <http://www.energieglobe.de/ressourcen/fossile/mit-ccs-zum-gasboom/?type=100#606:5:0:0:0>
 - 8 Böck, Hanno und Messina, Sarah: Leck in Kanada beschäftigt Brandenburg. In: Klimaretter.Info vom 21.1.2011. <http://www.klimaretter.info/umwelt/hintergrund/7778-leck-in-kanada-beschaefigt-brandenburg>
 - 9 Ohio Department of Natural Resources: Report on the Investigation of the Natural Gas Invasion of Aquifers in Bainbridge Township of Geauga County. Ohio, 1.9.2008

Fracking und CCS

von Ralf Henrichs

Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass die kostengünstig ausbeutbaren Erdöl- als auch Erdgasquellen langsam zum Erliegen kommen. Aus diesem Grunde wird Erdöl nun auch immer häufiger in Tiefseegebieten gefördert. Zu welchen Gefahren für die Umwelt dies führen kann, ist im letzten Jahr durch den Technikunfall der Ölplattform „Deepwater Horizon“ im Golf von Mexiko mehr als deutlich geworden.

Doch auch die Erdgasgewinnung wird problematischer. Stichwort hier: hydraulic fracturing oder auch „Fracking“. Mit Hilfe dieser Methode soll Erdgas gefördert werden, das hinter einer Gesteinsschicht verborgen ist und mit den bislang üblichen („konventionellen“) Förderarten nicht gewonnen werden kann. Dabei wird so lange eine Flüssigkeit („Frac Fluid“) in den Boden gepresst, bis der Druck die geringste im Gestein anliegende Spannung überschreitet und dieses auseinander bricht.

Die genaue Zusammensetzung des Frac Fluids unterliegt dabei dem Geschäftsgeheimnis des Unternehmens. Doch das ARD-Magazin „Monitor“ ist an eine solche Liste von Exxon Mobil gelangt und hat diese dem Umweltbundesamt vorgelegt. Dieses erklärte daraufhin, dass all diese Stoffe nicht ins Trinkwasser gelangen sollten. Einige seien sogar toxisch.

Die Industrie erklärt daraufhin, dass diese Stoffe auch nicht mit dem Grundwasser in Berührung kommen würden. Allerdings verbleiben 30-70%

Schwerpunkt: Fracking und CCS

des Frac Fluids im Boden und werden nicht entsorgt. Wie beim Atommüll kann daher eine Vermischung langfristig nicht ausgeschlossen werden. Auch kurzfristig kann es zu einer Vermischung kommen, falls es zu einem Unfall kommt (z.B. durch eine Leckage des Rohres).

Eine solche Leckage hat es 2007 bei der Erdgasförderung von Exxon Mobil in Rotenburg Wümme gegeben. Der Boden wurde dort abgetragen. Das NDR-Magazin „markt“ berichtete am 10. Januar 2011, dass Exxon Mobil dies möglichst heimlich durchführen wollte. So standen zwar auf einem Schild an der Baustelle die Telefonnummern von einem Projektleiter und einer Sicherheitsfirma, doch beide Telefonnummern waren falsch. Auf Nachfrage gab Exxon Mobil zu: „Neben dem verunreinigten Boden musste im Umfeld der Schadstelle auch eine Reinigung des Grundwassers (...) erfolgen.“ Dabei hatte Exxon Mobil noch Ende 2010 gegenüber „markt“ behauptet: „Sicherheit hat bei uns oberste Priorität. Wir fördern hier schon seit 50 Jahren sicher und störungsfrei.“ Festzuhalten ist, dass es zu dieser Grundwasserverunreinigung durch Exxon Mobil schon bei der konventionellen Erdgasförderung gekommen. Unkonventionelle Erdgasförderung dürfte da deutlich problematischer sein, schon alleine weil auch Exxon Mobil hier über deutlich weniger Erfahrungen verfügt.

Da es weltweit 7-10 mal mehr unkonventionelles als konventionelles Gas gibt, dürfte klar sein, dass die Energiekonzerne auf diese Förderung nicht so einfach verzichten werden. 50 Billionen Kubikmeter unkonventionelles Erdgas vermuten Geologen in Europa, ein Gutteil davon in Deutschland (zum Vergleich: der weltweite Erdgasverbrauch betrug im Jahr 2008 ca. 3 Billionen Kubikmeter). In Europa wird die Förderung vor allem in Frankreich, Polen, Ungarn, Großbritannien und eben Deutschland vorbereitet.

Die Rechtslage ist dabei ganz im Sinne der Energiekonzerne, denn die Förderung von Erdgas unterliegt dem Bergrecht. Probebohrungen können nur untersagt werden, wenn wesentliche Gründe dagegen sprechen. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung findet nicht statt. Für die eigentliche Bohrung bedarf es dann zwar noch einer Sondergenehmigung, aber in einem solchen Fall dürfte der Konzern mit den Investitionskosten der Probebohrungen argumentieren. Auch hier ist eine wasserrechtliche Prüfung nur optional vorgesehen. In NRW soll diese nun zum ersten Mal in Deutschland Bestandteil des Genehmigungsverfahrens sein und von der unteren Wasserbehörde durchgeführt werden. Diese Behörde war bislang aber vor

allem für Kläranlagen, Abwassereinleitungen u.ä. zuständig. Bei einer ernsthaften Auseinandersetzung mit einem Weltkonzern dürfte eine solche lokale Behörde schnell überfordert sein.

Dass eine solche Sorge nicht unbegründet ist, hat die Bezirksregierung Arnsberg unfreiwillig deutlich gemacht, die für die Genehmigung von drei Anträgen von Exxon Mobil auf Probebohrungen im Münsterland (Borken, Nordwalde und Drensteinfurt) zuständig ist. Die Bürgermeister dieser drei Gemeinden haben am 6. Dezember 2010 eine E-Mail von der Bezirksregierung Arnsberg erhalten. Darin hat die Behörde auf eine Publikation des Wirtschaftsverbandes Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG) verwiesen. Der Vorsitzende der WEG ist Gernot Kalkoffen, im Hauptberuf Deutschland-Chef von Exxon Mobil. Nachdem dieses bekannt wurde, blieb der Bezirksregierung nur noch übrig, sich für diesen Vorgang öffentlich zu entschuldigen.

Sollte am Ende Prüfung die Behörde die Genehmigung zur Bohrung aussprechen, sich der Eigner eines Grundstücks, auf dem diese Bohrung stattfinden soll, damit nicht einverstanden erklären, ist auch eine Enteignung möglich. Und auch das Bundesland hat ein finanzielles Interesse eine solche Bohrung zu genehmigen, denn 16% der Gewinne einer aus einer solchen Bohrung gehen in NRW an das Bundesland – in Niedersachsen beträgt die Förderabgabe sogar 30%.

Dabei ist die Fördermenge pro Bohrung gar nicht so hoch. Um nur 1% der in Deutschland importierten Gasmenge zu ersetzen, wären 200 Bohrungen notwendig. Pro Bohrplatz würden 2-4 Millionen m³ Wasser pro Jahr und 10-40 Millionen Liter Chemikalien pro Jahr eingeführt werden.

Da sich mit Borken, Nordwalde und Drensteinfurt drei der von Exxon Mobil genannten Probebohrungen im Münsterland befinden, hat DIE LINKE. Ratsfraktion Münster am 12. Februar Johanna Voß (MdB, DIE LINKE), Andreas Hoffknecht (Geschäftsführer der Stadtwerke Münster) sowie Markus Knäpper und Jörn Krüger (beide Interessengemeinschaft gegen Gasbohren Nordwalde) zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Alle haben dabei auf die Gefahren für das Trinkwasser hingewiesen und sich gegen diese Fördermethode ausgesprochen.

Die Forderungen der Interessengemeinschaft an die Politik waren:

- Umweltverträglichkeitsprüfung mit Bürgerbeteiligung

- Offenlegung der Art der Chemikalien, die eingeleitet werden sollen
- Monitoring der Betriebsangaben und des -verbrauchs
- Ermittlung der Emissionen und sonstigen Umwelteinwirkungen

Die Linke Münster hat sich diesem Forderungskatalog angeschlossen, sollte ein allgemeines Verbot dieser Fördertechnik in Deutschland nicht möglich sein.

Johanna Voß wies auf den Zusammenhang von CO₂-Verpressung („Carbon Dioxide Capture and Storage“, CCS) und Fracking hin. Mit Hilfe von CCS planen die Energiekonzerne CO₂ in die Erde zu verpressen. Da dieses CO₂ dann im theoretischen Idealfall nicht in die Atmosphäre gelangt, sollen diese CO₂-Einsparungen in der Klimabilanz gutgeschrieben werden.

Das Land Niedersachsen hat sich allerdings gegen eine CO₂-Verpressung ausgesprochen, da ein Verbleib des Gases im Untergrund nicht garantiert werden kann. Dennoch wird CO₂ bei Erdgasbohrungen in Niedersachsen

schon seit Jahren in den Boden gepresst. Dies war rechtlich möglich, da in einem solchen Fall CO₂ als Wirtschafts- und nicht als Abfallgut geführt wird.

Seit kurzem gibt es eine technische Entwicklung mit der das Wasser beim Fracking durch CO₂ ersetzt werden kann. Da dies kostengünstiger ist, ist es wahrscheinlich, dass diese Methode auch bei den Bohrungen in NRW eingesetzt werden könnte. Aus Klimaschutzgründen wäre dies aber besonders widersinnig, da 30% des eingepressten CO₂ wieder aus dem Bohrloch entflucht.

Wenn aber die Energiekonzerne darauf bestehen, Fracking in Niedersachsen einzusetzen, wäre zu fordern, dass sie das größte unkonventionelle Gasvorkommen in Niedersachsen als erstes ausbeuten. Dieses befindet sich nämlich laut Greenpeace unter dem Salzstock in Gorleben.

Pressemitteilung zum CCS-Gesetzentwurf der LINKE

„Das Abtrennen und die unterirdische Verklappung von Kohlendioxid ist riskant, teuer und überflüssig. Darum bringt die LINKE in dieser Woche einen Gesetzentwurf in den Bundestag ein, der die unterirdische Speicherung von CO₂ verbieten soll“, erklärt Eva Bulling-Schröter, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Unterausschusses, zur Verabschiedung einer entsprechenden Gesetzesinitiative in der Fraktionsversammlung. Bulling-Schröter weiter:

„Die Technologie der Abscheidung, des Transports und der unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid (Carbon Capture and Storage – CCS) birgt unverantwortliche Risiken für Mensch und Umwelt. Das Kohlendioxid müsste über zehntausende von Jahren sicher in der Erde verbleiben. Niemand kann heute eine Garantie dafür geben, dass die Sicherheit kommender Generationen gewährleistet werden kann. Aus diesem Grund hat DIE LINKE einen Gesetzentwurf erarbeitet, nachdem Deutschland von Artikel 4 der EU-CCS-Richtlinie Gebrauch machen soll. Die Speicherung von CO₂ könnte damit für das gesamte Hoheitsgebiet der Bundesrepublik verboten werden.“

Der Lausitzer LINKEN-Abgeordnete Wolfgang Neskovic ergänzt angesichts der nach der Katastrophe von Fukushima aufkeimenden Debatte über die verstärkte Nutzung fossiler Rohstoffe: „Die Braunkohle hat keine Zukunft. Daran ändert auch der sich abzeichnende schnellere Atomausstieg nichts. Zudem sind Risikotechnologien wie die CCS-Technik niemals mit letzter Sicherheit beherrschbar. Niemand weiß, wie sich CCS-Speicherstätten auf Mensch und Umwelt auswirken. Das so genannte Restrisiko hochriskanter Technologien wird regelmäßig unterschätzt. Das gilt nicht nur für die Atomtechnik, sondern auch für CCS.“

http://www.nachhaltig-links.de/images/stories/Klima/11-03-23_-_CSpVG_-_CO2-Speicherverbotsgesetz_End.pdf

Der CCS-Gesetzentwurf der Bundesregierung ist eine Lex Brandenburg

Lösung der Energie- und Rohstofffrage

von Helmut Käss

Die Bücher und Artikel häufen sich, die mehr oder weniger ehrgeizig die vollständige Ersetzung der nuklearen und fossilen Energien ankündigen.

Als These zur weitgehenden Lösung dieses Problems und auch des Rohstoffproblems stelle ich einen achtseitigen Artikel „Emissionsfrei bis zum Jahr 2030“ von den amerikanischen Universitätsprofessoren Mark A. DeLucchi und Mark Z. Jacobson (Lit. 1), S81-87, zur Diskussion. Langsamer, aber in den Details genauer ist die Aussage des Sachverständigenrates für Umweltfragen nur für den Bereich der BRD (SRU, Lit.2)

Von der Sonne bekommt unsere Erde einen kleinen Teil ihrer Strahlung, der dennoch das 10.000 fache des menschlichen Bedarfs bedeutet (Lit. 8) und der eine direkte und indirekte Solarenergie von etwa dem Siebzigfachen des heutigen Energieverbrauchs zu vergleichbaren heutigen Preisen pro Energieeinheit möglich macht. Wenn man das noch mit den Möglichkeiten der Energieeffizienzsteigerung (Lit. 12) kombiniert, kann man auf fossile und nukleare Energien noch früher verzichten.

Die Preise für erneuerbare Energien werden schon bald unter den Preisen für fossile und nukleare Energien liegen. Wenn man die Schäden durch die fossilen und nuklearen Energien einberechnet, sind die Kosten für die Erneuerbaren schon heute deutlich günstiger. Deshalb wäre laut Herrmann Scheer eine Schadstoffabgabe notwendig, die den Kosten für die Schäden, die durch die Nutzung der fossilen und nuklearen Energien entstehen, entspricht. (Diese sollte m.E. durch eine internationale Kommission etwa jährlich festgelegt werden.)

Das EEG rechnet sich übrigens schon heute (Lit. 4. Lit. 5, Lit. 10, Lit.11)

Wie oben schon erwähnt, kann durch die erneuerbaren Energien (bis 70-fach!) und die Energieeffizienzsteigerung ein Energieüberschuss entstehen, der für das energieaufwändige Recycling eingesetzt werden könnte.

Das Recyceln von Rohstoffen ist zum Teil deutlich teurer als die Neugewinnung, trotzdem aber sinnvoll, da alle Rohstoffe nicht unendlich zur Verfügung stehen werden. Der Rohstoffpreis wird in Zukunft immer mehr vom Recyclingpreis des jeweiligen Rohstoffs bestimmt werden.

Wenn mehr langlebige Produkte mit hoher Reparaturfreundlichkeit hergestellt würden, müssten weniger Produkte recycelt werden und der Bedarf an Rohstoffen würde zurückgehen.

In unserer jetzigen hochtechnisierten Zeit, wo die Entwicklung neuer Produkte rasant von statten

geht, kann man sich diesen Schritt „zurück“ in vielen Bereichen kaum vorstellen. Da gerade dieser Schritt auf die Dauer aber nötig ist, ist die Entwicklung von z.B. langlebigeren Computern, Hausgeräten und Autos eine wichtige Forderung, die an die entsprechenden Industriezweige gestellt werden sollte. In einem Zeitraum von

100 bis 200 Jahren sollte eine solche Umstellung erreicht werden können.

Meines Erachtens ist es sehr wichtig, dass jeder Mensch seine eigene Energiebilanz überdenkt und sein eigenes Verhalten energiesparender und damit umweltfreundlicher verändert. Dies bedeutet nicht nur Verzicht, sondern durch bewussteres Umgehen mit Energie meine Wünsche und Bedürfnisse zu verwirklichen. Wie oben ausgeführt, ständen uns Energieüberschüsse zur Verfügung, die mit der z. T. noch weiter und neu zu entwickelnden Technik ein sehr komfortables Leben auf der ganzen Welt ermöglichen würden.

Auf jeden Fall stehen uns so und so viele Ressourcen auf den oberen Kilometern der Erdkruste zu Verfügung (auf die Dauer bis theoretisch zum Erdmittelpunkt). Wir haben das, was wir in der Erdkruste finden, auf Dauer und es wird viel mehr sein, als was wir bisher gefunden haben.



Kraftwerk Jänschwalde

Von daher müssen wir uns zwar von unbegrenztem Wachstum verabschieden, aber wir haben eine sehr komfortable natürliche Deckelung der Energieversorgung und weiterhin durch das mögliche hochprozentige Recycling eine sehr gute Rohstoffversorgung. (Auf die Dauer wird der Rohstoffpreis durch den Recyclingpreis gegeben sein.)

Zum Umfeld: Die für die Lebensqualität optimale Bevölkerungszahl dieser Welt reicht je nach gewünschtem Lebensstandard sagen wir von 5 bis 12 Milliarden. In fast ganz Europa vermindert sich zur Zeit die Bevölkerung. Freiwillig und ohne Zwang.

Wenn der Lebensstandard in den armen Ländern etwas steigt und Kinder nicht mehr als Überlebensnotwendigkeit, sondern als Lebensstandardproblem gesehen werden, wird auch dort die Bevölkerung schrumpfen oder dies wird durch staatliche Politik erreicht werden (wie etwas brutal in China).

Fleisch muss sicher erheblich teurer werden, da es die Ernährung der Bevölkerung gefährdet und da die nötigen gigantischen Sojaplantagen mit erheblichen Urwaldzerstörungen einhergehen.

Das Hauptproblem der Menschheit ist das Überwinden der Feindschaft und der Aggressivität, da Rüstung und Krieg zu horrenden Ausgaben führen und auf verschiedene Weise für die vielen Verhungernden dieses Planeten verantwortlich sind (wozu unsere Partei das Nötige sagt).

Allgemein sind wir in verschiedenen, entscheidenden Politikfeldern an einer Wegkreuzung, entweder Kollaps, oder Durchbruch! Eine Rede des Schweizer IPPNW Gründers weist darauf hin. (Lit. 9.)

Wir haben schon die Technik, die wir auf unserem Planeten für ein auskömmliches Dasein brauchen. Was natürlich nicht bedeutet, dass wir uns nicht über zusätzliche nützliche Technik freuen. Aber der hohe Erfindungsdruck sollte verschwinden und neue Techniken durch ausführliche Risikoabschätzung, zum Beispiel bei der Gentechnik, begleitet werden. Risikoreiche Techniken müssen von den Staaten ohne wirtschaftliche Konkurrenz und zusätzlich öffentlich erforscht werden.

Wir müssen daher erst mal unsere politischen Verhältnisse ordnen, in zweiter Linie das Sonnensystem wissenschaftlich erforschen und können uns dann zur Entspannung und für unsere Unterhaltung mit Raumfahrt beschäftigen...

PS:

Die Literatur ist überwiegend in Linkform. Dadurch kann sie im PC sofort eingesehen werden.

Literatur:

- Lit.1. Plan für eine emissionsfreie Welt bis 2030
<http://www.spektrum.de/artikel/1010840>. S81-87, (Anklicken oder in Befehlszeile des Browsers kopieren und Enter drücken: Auf der Mitte der Seite neben Emissionsfrei... anklicken...)
- Lit. 2. Langfassung: WEGE ZUR 100 % ERNEUERBAREN STROMVERSORGUNG http://www.umweltrat.de/cae/servelet/contentblob/1001596/publicationFile/63831/2010_05_Stellung_15_erneuerbareStromversorgung.pdf
Kurzfassung: WEGE ZUR 100 % ERNEUERBAREN STROMVERSORGUNG: Kurzfassung für Entscheidungsträger http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/02_Sondergutachten/2011_Sondergutachten_100Prozent_Erneuerbare_KurzfassungEntscheid.pdf;jsessionid=75B18145B80E1C04573DD4C6972354AC?__blob=publicationFile
- Lit. 3. Dieser Artikel beschäftigt sich mit dem Zentralgestirn unseres Sonnensystems... [http://de.wikipedia.org/wiki/Sonne der Sonne](http://de.wikipedia.org/wiki/Sonne_der_Sonne)
- Lit.4. Stand: 22.12.2010, Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2009 (aktuellste Fassung) <http://www.erneuerbare-energien.de/inhalt/40508/>
- Lit.5. http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/ee_innovationen_energiezukunft.pdf
ERNEUERBARE ENERGIEN, Innovationen für eine nachhaltige Energiezukunft, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), juni 09,
S. 19: Die Internalisierung der Schäden verteuert die Kosten fossiler Energieträger erheblich.
Und S. 33: Strom aus erneuerbaren Energien ist derzeit aus betriebswirtschaftlicher Sicht – also ohne Betrachtung der eingesparten externen Kosten – teurer als Strom aus nicht erneuerbaren Energiequellen.
S. 35: Es wird vom Bund immer noch deutlich mehr Geld für Kernkraft als für EE ausgegeben,
S 57: Wie die Erneuerbare-Energie-Branche zeigt, dass sie bei jedem Wetter zuverlässig Strom liefert. Verbund aus Erneuerbare-Energie-Anlagen (und Speichern), die über ganz Deutschland verteilt sind.
S. 88: Kosten solarthermischer Kraftwerke Für die Mittelmeeraanrainerstaaten rechnen Experten mit Stromgestehungskosten von rund 5 Cent/ kWh.
S. 118 : Geothermie Die Stromgestehungskosten liegen ... bei etwa 7 bis 15 Cent/kWh.
- Lit.6. Tarantel; Zeitschrift der Ökologischen Plattform der Linken, Nr. 48, S. 12 links oben)
- Lit.7. Buch „Die Nachhaltige Gesellschaft“ Saral Sarkar, ISBN 3-85869-227-1, Kap-4
- Lit.8. Frank H. Asbeck: Eine solare Welt, Kiepenheuer und Witsch , S. 16
- Lit.9. http://www.ippnw2010.org/fileadmin/user_upload/Plenary_presentations/Plen7_Vosseler_becoming_earth_compatible.pdf
- Lit. 10. Erneuerbare Energien in Zahlen Juni 10, BMU S. 33: http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/broschuere_ee_zahlen_bf.pdf
- Lit.11. Kurzanalyse zur aktuellen Diskussion um die mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien in der Stromversorgung verbundenen Kosten und Nutzen http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wiprojekt/EEG-Foerderung_Endbericht.pdf

Scheitern der Weltklimakonferenz in Cancún knapp verhindert

von Sabine Wils

„Das Scheitern der Weltklimakonferenz in Cancún wurde gerade noch verhindert. In letzter Minute wurde zwar nicht das Klima, immerhin aber der Verhandlungsprozess unter dem Dach der UN gerettet. Das ist insofern begrüßenswert, als die Teilhabe der sogenannten Entwicklungsländer an den Verhandlungen gewährleistet ist. Die Ergebnisse liefern jedoch keinen akzeptablen Beitrag zur Minderung der Treibhausgase und vertagen wirksamen Klimaschutz“, bewertet Sabine Wils, MdEP DIE LINKE., Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit die Ergebnisse der COP16.

„Die mageren Ergebnisse machen wieder einmal deutlich, dass die EU ihre Klimaschutzziele bedingungslos erhöhen muss. 30 % wären zumindest ein Anfang der laut IPCC benötigten Treibhausgasreduktionen zur Verhinderung eines katastrophalen Klimawandels“, so Sabine Wils.

Der deutsche Umweltminister Norbert Röttgen hat in seiner Rede auf der Weltklimakonferenz vom Klimaschutz als einer wirtschaftlichen Chance gesprochen. Besonders betont hat er die Wichtigkeit stabiler langfristiger Rahmenbedingungen. „Doch gerade zahlreiche Stadtwerke beklagen die Investitionsunsicherheit aufgrund der Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke durch die Bundesregierung. Dies entlarvt Röttgens Sonntagsrede“, kommentiert Sabine Wils.

„Die finanzielle Förderung von Atom- und Kohlestrom, auch durch die riskante, teure und energiepolitisch sinnlose Abscheidung und Verpressung von CO₂ (CCS), verhindert ambitionierten Klimaschutz. Auf keinen Fall darf dies in den Clean-Development-Mechanism (CDM), also Investitionen mit Einnahmen aus dem internationalen CO₂-Zertifikatehandel, eingeschlossen werden“, fordert Sabine Wils.

Cancun – ein Reisebericht - eine Skizze

von Hans-Otto Träger

Begonnen hat es damit, dass ich dachte, nachdem Frau Merkel sich damals in Heiligendamm so eigenartig verbarrikadiert hatte und der Gipfel in Kopenhagen auch wenig, besser nichts gebracht hatte, in Cancún, im fernen Mexiko würde es besser werden, sprich konkret. Ich wollte auch wissen, wie dieser Klimagipfel sich so auf dieser Ferienhalbinsel – der zona hotelera - gestalten würde.

Vorab - einiges ist schon anders, da ist die namentliche Kennzeichnung jedes einzelnen Polizisten, das fällt sofort auf und da können unsere scheuen Polizeiwesen noch viel lernen. Genug Polizisten gab es aber schon dort und gestaunt habe ich und mich gefürchtet vor Maschinengewehren auf Geländewagen.

Cancún selbst, also diese Ferienhalbinsel ist eine Kunstwelt aus Betonburgen der großen Hotelkonzerne, aneinandergereiht wie auf einer Perlenkette, gut abzuriegeln. Errichtet auf einer Lagune nach schweren Zerstörungen von Hurrikanen 2005. Die Reiseführer sprechen dann gern von einer aktiven Stadt, die sich nicht unterkriegen ließ. Na ja, ich denke eher an große Steuergeschenke und Grundstücke für die Hotelkonzerne, so die üblichen Lockmittel des Kapitalismus. Diese Betonburgen sind privat, allein der Strand ist öffentlich, teilweise wohl auch die Wege, nur die Liegestühle dort sind transportabel und den Gästen vorbehalten. Ansonsten wird sorgfältig darauf hingewiesen, dass für alle Geschehnisse und Zwischenfälle im Meer und am Strand vor den Hotels keine Haftung übernommen werden kann – das sei allein Aufgabe des mexikanischen Staates. So ist das eben, wenn der Massentourismus sich großräumig breit macht.

4 Tage in Cancun, im Ort und auf der zona hotelera, das war also viel weniger Krieg gegen den Bürger, irgendwo viel Fahnen, vor einem Hotel dann schon viele Polizisten.

Ein Kranz von Veranstaltungen wurde um den Gipfel gelegt, ich war auf dem Wassertreffen mit sehr klugen Beiträgen und habe zugehört, was in den Tropen zu machen sei und was nicht, dann in der Altstadt ein großes Treffen für die Bürger von Can-

cun und Umgebung, eben ein stolzes Volk mit einer großen Geschichte und dem Leid der indigenen Einwohner, der unheilvollen Koalition der katholischen Kirche mit den Eroberern aus der alten Welt, das brutale Auslöschen alter Kulturen, der Maya, der Azteken zum Beispiel. Auf dem Gipfel einigte man sich darauf, den Klimaanstieg auf 2° zu begrenzen, hoffentlich weiß das die Natur und hält sich daran, viel mehr war ja nicht. Man will sich demnächst auch in Südafrika wieder treffen. Wir werden ja sehen und es hoffentlich überleben.

Dann eine Woche durch Yucatan mit dem Bus: Merida, Valladolid und Tulum – Chitzen Iza, die großen Zeugnisse einer Hochkultur, die ausgelöscht ist, aber eben nicht völlig verschwunden und nur noch museal eingeeht sind. Ganze Dörfer leben nur in dieser Sprache, deren Schriftzeichen für uns nicht verständlich sind. Es gibt nicht nur die großen Stufenpyramiden und Tempelstätten sondern auch Wasserkanäle, die ehemalige Orte verbinden. Und eben diese Menschen mit dunklen indigenen Gesichtern. Es kann dann schon mal passieren, dass die Polizei nur den im Bus reisenden Weißen kontrolliert, ungewöhnlich, eigentlich ohne erkennbaren Anlass, Touristen fahren eben nicht mit dem öffentlichen Bus, da kann man sich schon nur so verdächtig machen. Von Merida, der schönen Kolonialstadt und Hauptstadt Cancuns fuhr ich ins Naturschutzgebiet Celestun mit mehr als 300 verschiedenen Vogelarten, zu den vielen rosa-farbenen und ganz wenigen weißen Flamingos im tropischen Regenwald. Zurück in Merida habe ich die von Abgasen verschmutzte Luft besonders unangenehm empfunden. Alles, was Räder hat, fährt. Wir motorisierten Europäer sind ja „Vorbild“. Geschlafen habe ich in Hostels und kleinen Hotels und viele Menschen aus der ganzen Welt getroffen.

Dann in Siaan Kaan (Gechenk des Himmels), einem Biosphärenreservat nahe bei Tulum im Zelt und ohne elektrische Energie. 2 Tage Natur pur, einsamer Strand, blaues Meer, Urwald, Mangroven und viele Tiere. Der Urwald war nicht leise, es lärmt ständig und dann torkelt schon mal ein Ameisenbär vorbei. Die sind so schön schläfrig und doch ständig in Bewegung.

Von Cancun nach Havanna ist es nur eine Flugstunde, das wurde dann doch besucht. In Kürze: mein Eindruck zwiespältig, bewundern, was in Kuba geschehen ist, gegen den übermächtigen Nach-

barn, der immer nur Widerstände und Blockaden betrieben hat. Aber auch eigene Unsicherheit, ein Übermaß an Kontrollen und wirtschaftliche Probleme. Es ist schon schwer dort zu leben, war es wohl immer. Die Kubaner haben aber ihre Würde wieder, vor Castro, also bis 1959 war Kuba eben nur Vergnügungspark der USA mit allen Schattenseiten, eine Halbkolonie, umgangssprachlich der Hinterhof – was immer damit genau gemeint war.

Und da ist auch noch dieser Rollsekretär aus Biedermeierzeiten, der aus meiner Familie stammt und nun etwas schadhafte in meiner Wohnung rumsteht. Jetzt weiß ich mehr: Das Möbel ist furniert mit Kuba-Mahagony, einem sehr beliebten Holz für Möbel im 19. Jahrhundert, die reiche Maserung ist auch ganz unverkennbar. Aber heute gibt es diesen Baum dort nicht mehr - in Kuba wurden die Tropenwälder radikal gerodet und eben geplündert. Erst heute wird mit hohem Aufwand an wenigen Stellen eine Wiederbewaldung versucht, dazu müssen erst einmal große Flächen geschützt werden, damit das wenige Oberflächenwasser möglichst lang gehalten wird und der Boden nicht weiter erodiert. In einem forstwirtschaftlichen Versuchsgut – Las Terrazas – und einem Dorf mit 1.000 Einwohnern konnte ich das sehen. Das Dorf ist Teil eines Unesco - Biosphären - Reservates mit Gemeindehaus, Bibliothek, Kino, und Krankenstation. Mein Eindruck war, dass sich die Menschen dort wohl fühlen. Ein richtiger Tropenwald braucht aber doch 100 Jahre. Nun sehe ich mit ganz anderen Augen auf dieses Möbelstück. Es geht sogar noch weiter und war schlimmer: Die großen Segelschiffe der Europäer brachten Sklaven von Afrika im Tausch gegen europäische Billigwaren nach Kuba und fuhren beladen mit dem wertvollen Holz zurück nach Europa – so der Dreieckshandel. Es begann die Globalisierung im 19. Jahrhundert.

Nein, bis Guantanamo bin ich nicht gekommen – es hätte mich schon interessiert, wie das so aussieht, dieses Provinznest und nebenbei der hermetisch abgeriegelte Armeestützpunkt der USA mit den vielen Gefangenen, die angeklagt und inhaftiert sind, gefoltert wurden und seit Jahren nur warten auf ein Gerichtsverfahren. Es ist kein Thema bei Tagesgesprächen und wird übergangen. Nirgendwo ein Plakat, keine Parole, nichts. Dabei ist Kuba sonst so mitteilhaftig. Mehr kann ich dazu nicht sagen.



Bio: An entscheidenden Punkten besser

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft nimmt zu den Ergebnissen der Stiftung Warentest Stellung

Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) begrüßt, dass die Stiftung Warentest bei ihrer heute veröffentlichten Bilanz zur Qualität von Bio-Lebensmitteln unsere Kritik an vorangegangenen Berichten aufgegriffen hat und die Test-Ergebnisse wesentlich differenzierter ausgewertet. Sie widme beispielsweise dem Thema Nachhaltigkeit ein eigenes Kapitel und berücksichtige die Besonderheit von Bio-Produkten bei der sensorischen Beurteilung. "Dieser Weg muss konsequent weiter gegangen werden: Die Sensorik-Prüfer sollten speziell für den Test von Bio-Lebensmitteln geschult und Nachhaltigkeitsaspekte bei jedem Test geprüft und in die Benotung einbezogen werden", so Alexander Gerber, Geschäftsführer des BÖLW.

Nährstoffgehalte und Rückstandsfreiheit sind nicht alles, was den Gesundheitswert eines Lebensmittels ausmacht. Zur Gesundheit des Menschen gehört, dass die von ihm gekauften Lebensmittel Umwelt-, Tier- und Ressourcen schonend erzeugt werden. Denn individuelle Gesundheit ist nur in einer gesunden Umwelt möglich. Der bewusste Einkauf und Verzehr von Bio-Lebensmitteln kann so zum Wohlbefinden des Menschen beitragen. Denn hier sind die Ergebnisse der Warentest-Bilanz eindeutig: Bei Umwelt- und Tierschutz, aber auch bei fairen Preisen beispielsweise für Kaffee, schneiden Bio-Produkte mit Abstand besser als konventionelle ab. Gleiches gilt für die Belastung mit Pestiziden.

Dass Bio-Produkte nach den Test-Ergebnissen im Durchschnitt keine höheren Gehalte an gesundheitsfördernden Inhaltsstoffen aufweisen, steht im Widerspruch zu europaweit angelegten Vergleichsstudien. So ist beim Vergleich von verschiedenen Produkten, wie ihn Stiftung Warentest vornimmt, der Einfluss von Sorte, Boden und Klima oft größer als die Bewirtschaftungsweise. Wird aber unter gleichen Bedingungen erzeugt, dann schneiden Bio-Produkte bei sekundären Inhaltsstoffen deutlich besser als konventionelle ab.

Die Ergebnisse der europäischen Vergleichsstudie finden Sie unter www.qlif.org; Berlin, 27.05.2010.

Die Linke, Tina, und der Tierschutz

von Thomas Reuter

Bisher steht im Programmentwurf der Linkspartei: „...der Tierschutz (muss) konsequent durchgesetzt werden.“ Dürftiger geht's kaum. Folgende Formulierung schlage ich für unser Parteiprogramm vor:

„Jedes einzelne frei lebende und jedes Haustier ist erwiesenermaßen ein fühlendes Wesen, hat nicht nur einen materiellen, sondern auch einen ethischen Wert. Die Linke setzt sich daher für eine art- und verhaltensgerechte Tierhaltung ein. Wir wollen Tierversuche überwinden, ihre Notwendigkeit durch andere Prüfverfahren ersetzen. Für alle Bereiche der Produktion tierischer Produkte sind ökologische und tierartgerechte Alternativtechnologien durchzusetzen. Das gilt für den bäuerlichen Familienbetrieb ebenso wie für Großbetriebe. Patente auf Tierrassen und Betriebsgeheimnisse beim Umgang mit Tieren lehnen wir ab. Darum ist die Tierschutzpolitik unserer Partei darauf auszurichten, jedem Tier in menschlicher Obhut ein artgerechtes Leben und einen angstfreien, schnellen Tod zu ermöglichen. Dementsprechend muss die Tierschutzgesetzgebung überarbeitet werden, an-erkannten Tierschutzverbänden ist das Verbandsklagerecht sowie die Einbeziehung in Planungs- und Genehmigungsverfahren zu gewähren.“

Im Folgenden wird zunächst dieser Antrag begründet.

Weiterhin werden Maßnahmen zur Praktischen Umsetzung des Zieles Tierschutz in der Tierproduktion in der linken Landwirtschafts- und Umweltpolitik angedacht. Über Verbraucherschutz wird anderswo im Moment genug geschrieben.

Tierversuche, Hobbytiere und das Verhältnis des Menschen zu wildlebenden Tieren wie Damhirsch, Nashorn, halbwilde Katzen bis zur Kanalaratte sind nicht oder nur am Rande Thema dieses Artikels.

Zur Begründung des Antrages:

In allen über das Stadium Jäger und Sammler hinausgehenden menschlichen Gesellschaftsordnungen leben Menschen mit Haustieren und Nutzpflanzen aus verschiedenen Gründen freiwillig zusammen. Umgekehrt leben nicht alle Haustiere

freiwillig bei uns. Die menschliche Obhut bedeutet für diese Tiere und Pflanzen, dass sie von Menschen de jure besessen werden. Sie haben also einen materiellen Wert und sind eine Ware. Das Haustier und die Nutzpflanze sind rechtlich gesehen Sklaven des Menschen. Wir haben durch Züchtung die genetische Ausstattung dieser Lebewesen unseren verschiedenen Bedürfnissen angepasst, sie sind unsere Geschöpfe, zum Teil in einer Weise, die nur noch als Karikatur der Wildform angesehen werden kann. Einige dieser von uns kreierten Lebewesen könnten ohne uns gar nicht existieren. Alle würden ohne „Menschen nicht da sein. Wir sind für deren Futter- und Wasserversorgung, Aufenthaltsort und Lebensbedingungen verantwortlich. Ja, wir bestimmen über Geburts- sowie Todes-Zeitpunkt und –art der von uns in Besitz genommenen. Und wir essen sie, werden das sicher auch weiter tun. Wenige von uns gar nicht, die meisten jedoch mehr oder weniger. Die Menschwerdung ist mit der Haustierwerdung und der Entstehung von Nutzpflanzen untrennbar verwachsen. Die ungeheure Verantwortung, die durch diese vollständige Inbesitznahme anderer Lebewesen von uns übernommen wurde, war allen Gesellschaftsformen, Religionen und Kulturen bewusst. Schon immer haben sich Menschen zum Umgang mit ihren Tieren und Pflanzen einem Teil ihrer Umwelt-Regeln gemacht und in Gesetze religiöser oder juristischer Form gegossen.

Unsere Partei braucht zu diesem uralten Thema eine Meinung. Diese Meinung muss berücksichtigen, dass in den letzten 50 Jahren wissenschaftlich bestätigt wurde, was jedem gesund empfindenden Menschen, der Augen hat, um zu sehen, zu allen Zeiten klar war: Tiere haben - im Gegensatz zu Pflanzen - uns ganz offensichtliche Gefühle, sie empfinden wie wir Freude und Glück, Schmerz und Trauer. Unsere Meinung zum Verhältnis des Menschen zu den Tieren muss also zeitgemäß, modern sein. Und nicht wie bis jetzt dürftig.

Wie modern das ist, zeigt folgender, weniger philosophischer, sondern ganz praktischer Fakt: Tiere interessieren sehr viele Menschen, unsere Haltung zu Tieren wird also auch Menschen motivieren, die Linkspartei zu wählen oder eben nicht. (Kinder und Tiere gehen immer, sagen Journalisten.) Lesungen der Bestsellerautoren J.S. Foer („Tiere Essen“) und Karen Duve („Anständig essen“) füllen Hallen. Tierschutzverbände fertigen für ihre Sympathisanten und Mitglieder vor Wahlen Checklisten an, welche Partei was für den Tierschutz tun will. Menschen außerhalb der Linkspartei haben sich zum Thema schon längst philosophische und praktische Gedan-

ken gemacht. Aus diesem Grunde muss die Linkspartei mit den Tierschutzverbänden zusammen ein Verbandsklagerecht erstreiten. Aufgrund der unüberblickbaren Vielzahl der Tierschutzverbände muss über deren Seriosität, philosophischen, religiösen und finanziellen Hintergrund Klarheit entstehen. Die Linke sollte mit solchen Tierschutz-verbänden zusammenarbeiten, deren Ziel eine dem Menschen gerechte Umwelt ist, wozu ihrer Art und Rasse gerecht lebende Tiere gehören.

Das Thema ist auch ein soziales. Unsere Partei will für jeden eine „gute Arbeit“ und ein gutes Leben. Ein Arbeitsplatz in der heutigen Tierproduktion, mit Versuchstieren ist aber systembedingt schlecht. Dazu weiter unten mehr.

In dem oben formulierten Antrag fehlt der Begriff „Massentierhaltung“, der Kampfbegriff der Verbraucher- und Tierschutzorganisationen. Die heute weltweit vorzufindende industrielle Tierproduktion ist Massentierhaltung. Industrielle Tierhaltungstechnologien können aber auch artgerecht gestaltet werden, sodass oben gefordertes artgerechtes Leben und angstfreier, schneller Tod für LWNT auch unter den Bedingungen einer industriellen Tierhaltung machbar ist. Eine solche artgerechte Haltungstechnologie ist sowohl im bäuerlichen Familienbetrieb als auch in den LPG-Nachfolgern in Ostdeutschland möglich.

Die Linkspartei muss aus moralisch-ethischen, sozialen und realpolitischen Gründen eine Gesellschaft wollen, für die der humane Umgang mit Tieren ebenso wichtig ist, wie zum humanen Umgang mit anderen Menschen. Animalisch können Tiere miteinander und auch mit uns umgehen, denn es sind ja Tiere. Wir aber sind erst Menschen, wenn wir human gegenüber allen anderen fühlenden Wesen handeln. Ein kulturvoller Umgang mit Tieren ist somit ein Schritt zu einer kulturvollen Lebensweise. Über den menschlichen Umgang mit Triebtätern (die sich also animalisch verhalten) gibt es in unserer Partei Konsens. Das ist gut so. Die Ansprüche an moderne Tierhaltung müssen ebenso hoch sein, denn Gefangenschaft sowie ein zu früher Tod sind den meisten Haustieren gewiss, obwohl sie nichts verbochen haben. Also muss ihre Lebenszeit artgerecht gestaltet werden, die Tötung angstfrei und schnell erfolgen. „Die Größe und den moralischen Fortschritt einer Nation kann man daran messen, wie? sie die Tiere behandelt.“ (Mahatma Gandhi) zitierte MdB Dr. Kirsten Tackmann am 01.10.2010 im Bundestag.

Das deutsche Tierschutzgesetz ist prinzipiell gut für Tiere. In der Realität werden grausame Zucht-, Haltings-, Transport- und Tötungstechnologien im selben Gesetz mit Ausnahmeregelungen erlaubt oder anderweitig systematisch zugelassen. Für landwirtschaftliche Nutztiere gilt dieses gute Tierschutzgesetz aufgrund all der Ausnahmen trotz der großen Tierliebe der Deutschen letztlich nicht. Deshalb muss dieses Tierschutzgesetz auf den Stand der Kunst gebracht und seine Umsetzung durchgesetzt werden.

Das soweit zur Begründung des Antrages.

Im nächsten Abschnitt werden Maßnahmen zur Praktischen Umsetzung dieses Programmzieles in der Landwirtschafts- und Umweltpolitik der Linkspartei angerissen.

Für künftige Koalitionsverhandlungen oder eventuelle Alleinregierungen der LINKEN muss eine durchdachte Aussage zum Tierschutz erfolgen. Wir als stärkste wirklich sozialistische Partei haben die Pflicht, sofort erkennbare Verbesserungen für landwirtschaftliche Nutztiere und für die mit ihnen arbeitenden Menschen als auch für die Verbraucher zu erkämpfen. Im derzeitigen Koalitionsvertrag SPD-LINKE von Brandenburg 2009 fehlt der Tierschutz bis auf das Verbot von Patenten auf Tierrassen aber leider völlig. Im Berliner Koalitionsvertrag steht unter „Umweltbildung für Kinder“ auch das Wort Tierschutz. In MV fehlt er 1998-2006, der SPD-PDS-Landeskoalitionszeit in den Koalitionsverträgen völlig. Im 2006 folgenden Mecklenburger Koalitionsvertrag zwischen CDU & SPD steht mehr über Tierschutz.

Bauern, die landwirtschaftliche Nutztiere halten, tun dies nicht primär, um diese zu quälen, sondern um über ein verkaufbares Produkt finanziellen Gewinn zu erlangen. Die industrielle Massentierhaltung in ihrer jetzigen Form ist aber durch dieses Ziel routinemäßige Tierquälerei. Dabei werden systembedingt minderwertige bis mangelhafte Produkte hergestellt, das Ziel des Systems (ein profitables Produkt) wird also nicht bzw. nur noch durch Fehlinformation (also Betrug) des Konsumenten erreicht.

Trotz hoher staatlicher Subventionen für die Tierproduktions- und Landwirtschafts-Betriebe ist der Preisdruck in der Branche enorm und eskaliert den mangelnden Tierschutz ins heute unerträgliche. Die heutigen Zustände waren aber schon während der letzten DDR-Jahre deutlich erkennbar, wurden auch in der Branche und der Bevölkerung diskutiert. Es wurde z. Bsp. Schon damals von Hühner-KZs gesprochen. Die systematische

Tierquälerei liegt also nur teilweise am Gesellschaftssystem, vor allem aber in der Haltungstechnologie. Daher sind Subventionsprogramme so zu verändern, dass mit den Geldern eine artgerechte Tierproduktion möglich ist.

Insbesondere sind kleinere Tierbestände pro Arbeitskraft zu fördern. Der Bau weiterer Massentierhaltungsbetriebe ist zu verhindern, insofern sie nicht gänzlich anders an das Wohl der darin untergebrachten Nutztiere herangehen, also keine Massentierhaltung im Sinne dieses Textes sind. Vorhandene, zum Teil ja unter linken oder grünen Landeskoalitionen errichtete Betriebe sind auf die Einhaltung der dann gesenkten Besatzdichten, der auf den Stand der Kunst gebrachten Haltungstechnologie und erhöhten Arbeitskraftzahlen zu kontrollieren. Die Betriebsgrößen müssen künftig sowohl von Herdengrößen und LWN-Fläche her nach oben begrenzt werden, auch in Ostdeutschland. Die Agrarpolitik unserer Partei fördert aber bis dato die ostdeutschen LPG-Nachfolger. Programme zur Neuentwicklung kleinerer Betriebsgrößen sind zu entwickeln. Norddeutschland hat sich auch wegen der Nähe zu Überseehäfen zum Zentrum der bodenunabhängigen Tierproduktion entwickelt. Die Tierproduktion muss wieder auf das Maß zurückgefahren werden, dass die Tiere vom Hof selber ernährt werden können. Futterzukauf aus dem Ausland im großen Maßstab muss unterbleiben.

Mit Lobby-Arbeit werden Standards zur Haltung landwirtschaftlicher Nutztiere möglichst gering gehalten oder gar keine festgelegt. Diese Schein-Standards bedeuten in der Praxis, dass die meisten LWN-Tiere auf diesem brutal-minimalen Niveau existieren müssen, also routinemäßiger Tierquälerei ausgesetzt sind. In der Praxis wird außerdem versucht, diese Standards (kriminell) zu umgehen. Dies gelingt oft, da staatliche Kontrollen fehlen. Die Einhaltung dieser einheitlichen Normen, Standards und Gesetze ist durch verbesserte staatliche Aufsicht zu überwachen. Dies muss deutschlandweit einheitlich stattfinden. Sollte EU-Recht weicher sein, muss deutsches Recht gelten.

Mehr gut ausgebildetes und bezahltes Kontrollpersonal ist nötig. Selbstkontrollsysteme der Agrarindustrie und der Biolandwirtschaftsverbände mussten versagen und haben bereits versagt. Sie können nur eine Zusatzmaßnahme sein, ausreichende staatliche Kontrollen sind zwingend erforderlich. Biomarkenprodukte werden derzeit nicht immer, aber oft durch tierquälereische Produktionsverfahren und Einsatz von Qualzuchttrassen oder –Hybridlinien erzeugt. Biomarken unterstützen den Verbraucher-, nicht den Tierschutz.

Der fällt eher zufällig ab. Das wird in der Öffentlichkeit anders dargestellt. Selbst hier sind also Normänderungen und bessere Information der Bevölkerung notwendig.

Starke Gewerkschaften und Betriebsräte in Tierproduktionsbetrieben könnten Fehlentwicklungen im Produktionsablauf früh erkennen und verhindern helfen, Informantenschutz ist hierbei zu gewährleisten. Betriebs-Geheimniskrämerei und Patentschutz (für Tiere und Pflanzen) behindern diese Informationsmöglichkeiten. Wie sie auch gesamtgesellschaftlich eher schaden als nützen.

Die industrielle Tierproduktion führt zu geringstem ethischen und materiellen Wert des einzelnen Tieres. Die gesetzlichen Parameter zur Haltung Landwirtschaftlicher Nutztiere führen technologiebedingt zu Leiden bei den diesen Bedingungen ausgesetzten Kreaturen. Die mit den Tieren arbeitenden Menschen werden von diesem Tierleid seelisch krank. J.S. Foer beschreibt in seinem aktuellen Bestseller „Tiere Essen“ auf allen Produktionsstufen der Tierproduktion von Zucht, Aufzucht, Transport bis zur Schlachtung alltägliche sadistische Quälereien an den Tieren. Mit den Berichten über diese täglichen Gräueltaten in der US-Tierwirtschaft behauptet er ein weiteres Buch füllen zu können. Im Internet kann sich jeder, davon überzeugen, dass auch in Deutschland, Holland, Dänemark, China.... genau dasselbe passiert. Bei YouTube Entenmast oder Hähnchenschlachtung oder Schweinegeburt eingeben, ein Horrortrip ist dem Laien gewiss! Der Fachmann wird nachdenklich erkennen, dass es in allen andern Betrieben in

allen andern Ländern genauso ist. Die meisten der bedauernswerten Sadisten in diesen Kurzfilmen haben Ihren Beruf ursprünglich sicher gewählt, weil sie Tiere liebten. Durch hohen Arbeitsdruck, mangelnde Kontrollen und die eh schon Leiden verursachende Haltungstechnologie entstehen psychische Erkrankungen auch der Tierhalter, Veterinäre, Tiertransporteure und Fleischer. Die Fluktuation in der Branche ist hoch. Der hohe Lohn-Kostendruck führt darüber hinaus zum Einsatz sowohl fachlich als auch persönlich ungeeigneter Arbeitskräfte in der Massentierhaltung. Deutschland ist im Schlachtereibereich inzwischen ein Billiglohnland. Für diese schwere, gefährliche, schmutzige sowie seelisch anstrengende Arbeit bekommen Leih- und Schwarzarbeiter 3,50€/h. Allein das führt schon zu systembedingter Tierquälerei. Aus diesem Grunde ist ein Branchen- besser Bundesweiter Mindestlohn durchzusetzen. Diese Forderung rennt bei den meisten Linken hoffentlich offene Türen ein. Außerdem ist der Einsatz fachlich geeigneten Personals zu gewährleisten, wie § 11 TschG eigentlich umfassend festlegt. Die Überwachung des Umgangs mit Tieren ist genauso jederzeit zu gewährleisten, wie sadistischen Auswüchse jederzeit geschehen können. Dazu könnten Kameras nach §16(3)5.TschG eingesetzt werden,(wenn das nicht juristisch anders ausgelegt wird). Das Arbeitstempo und die Arbeitskraftzahl in der Tierproduktion sind so zu bemessen, dass Tierschutzbelange auch tatsächlich eingehalten werden können. Tierschutz ist also auch Menschenschutz.

Die Umwelt wird durch Massentierhaltung extrem belastet. Das ist auch in der Tarantel von vielen anderen Autoren für Deutschland ausreichend belegt und ja auch grünes Allgemeinwissen. Ein weiteres Argument gegen Tierfabriken.

Nicht alle, die diesen Text lesen, haben zu Tieren ein bewusstes Verhältnis. Dennoch kleiden sie sich in Wolle, verzehren Milchprodukte und Eier. Sie nehmen den durch andere Menschen herbeigeführten Tod von fühlenden Wesen in Kauf, um sich mit deren Haut oder Fell zu



bekleiden und natürlich, um sie zu essen. Wie diese Lebewesen, die Lebensmittel liefern, leben und sterben mussten, wollen sie nicht wissen. Aber jeder ahnt, warum er es nicht wissen will. Obwohl die heutige Agrarindustrie aus gutem Grunde und mit gutem Erfolg versucht, dieses Wissen vor dem Großteil der Menschen zu verheimlichen.

Tierschutz ist auch Menschenschutz

Der Endverbraucher ist nicht nur bei Lebensmitteln inzwischen so weit vom Produktionsprozess der von ihm gekauften Ware

entfernt, dass er deren Wert nur noch selten einschätzen kann. Viele Produkte erzielen ihren Preis nicht durch ihren tatsächlichen Wert (also die menschliche Arbeit, die im Produkt steckt und den Wert des Tieres an sich), sondern durch den Werbeaufwand, der für das Produkt betrieben wird. Oder der Preis wird durch die marktallmächtigen Discounter festgelegt. Daher ist es notwendig, dass der Kunde sich umfassend über die Lebensmittelherstellung informieren kann, ein preiswerter schneller Internetzugang für alle Bevölkerungsschichten ist da eine gute Chance, unabhängiger Journalismus ebenfalls. Wiederum beides bereits Forderungen der Linkspartei.

Etwas Ähnliches wie der Polytechnische Unterricht in den DDR-Schulen würde Kinder mit verschiedenen Produktionsverfahren vertraut machen. Es muss Kinderbauernhöfe geben, die mit den Kindern auch Tiere schlachten und verarbeiten. Dadurch würden die Kinder gesunde Tierproduktion und ökologisch hergestellte Produkte kennenlernen.

Die Förderung individueller Tierhaltung, zum Beispiel Rassegeflügel- oder Kaninchenzucht und von Klein- und Schrebergärten würde ebenfalls vielen Menschen die Chance geben, sich teilweise unabhängig von Großagrarbetrieben und Discountern zu ernähren und die Qualität von Lebensmitteln besser beurteilen zu können. Dafür müssen, auch in Großstädten, Flächen zur Verfügung bleiben oder bereitgestellt werden. Derzeit werden Kleintierhalter und Kleingärtner eher bei der Ausübung ihres schönen Hobbys behindert, sei es durch gestörte Nachbarn, sinnlose Vogelgrippe-Vorschriften oder ungünstige Flächennutzungspläne.

Zum Schluss einige Worte zur Verantwortung des Verbrauchers für den Tierschutz. Veganer und Ve-

getarier haben sich für Verzicht auf tierische Produkte oder nur auf Fleisch entschieden. Er ist möglich und nicht gesundheitsschädlich. Wer das nicht will oder kann, hat die Möglichkeit, nur Produkte von Tieren zu kaufen, die ein „artgerechtes Leben und einen schnellen angstfreien Tod“ erleben. Die finanzielle Situation vieler Linker Wähler lässt aber den Kauf von z. Bsp. „Neuland“-Fleisch und -eiern nicht zu. HartzIV oder Niedriglohn reichen eben nur für ALDI. Wer genug Geld verdient um immer BIO zu kaufen, lebt oft auf Kosten derer, für die ALDI reichen muss. Die auf den ersten Blick sehr private Entscheidung, wie man sich ernährt, ist also nicht nur privat, sondern sehr von der sozialen und wirtschaftlichen Situation des Einzelnen bedingt. Das weiß unsere Partei wie keine andere. In jedem Gespräch mit Linken, jeder E-Mail von Genossen, jedem Leserbrief im ND zum Dioxin-Skandal oder zum Tierschutz begegnet einem TINA. (There Is No Alternative) heißt auf Deutsch: es gibt keine Alternative. Das ist inzwischen sogar Unwort des Jahres 2010 geworden: Alternativlosigkeit. Albrecht Müller beschreibt dieses Wort in seinem Buch „Meinungsmache“ als eine der großen Lügen des Neoliberalismus. Und das hört man dann von Genossen der Linkspartei. Wenn unsere Bevölkerung weiterhin im Glauben gehalten wird, dass zu einem guten Leben täglicher Fleischkonsum gehört, kann Massentierhaltung allerdings alternativlos bleiben. Bei jeder Mahlzeit immer wieder zu entscheiden, was man isst, ist schwer. Noch schwerer ist es, als Gast nein zu sagen, wenn die liebevoll gereichte Mahlzeit den eigenen Ansprüchen nicht entspricht. Jede Bratwurst, die man nicht ist erspart einem Tier das Dahindämmern im Mastbetrieb und den grausamen Tod in der Industrieschlachtung. Das ist richtig. Die Linke sollte kein Menschenrecht auf täglich Eisbein propagieren, sondern für eine zeitgemäße Ernährung eintreten. Fleischfreie oder -arme Ernährungsweisen dürfen durch unsere Partei keinesfalls belächelt werden. Der Fleischverzehr ist in unserer Gesellschaft aber sehr tief verwurzelt. Daher kann ein Verbraucher-Umdenkprozess nur sehr behutsam erfolgen. Er muss aber hier und heute beginnen. Gleichzeitig sind aber auch die politischen Weichen auf eine artgerechte Tierproduktion umgestellt werden. Man muss das richtige Essen und die richtige Partei wählen. Das die Linkspartei die richtige Partei für den Tierschutz als wichtigen Teil des Umweltschutzes und einer kulturvollen Gesellschaft sei, dazu sollen diese Gedanken ein Beitrag sein.

„TIERE ESSEN“ und das Linke Parteiprogramm

Rezension zu Jonathan Safran Foer, „TIERE ESSEN“, Kiepenheuer & Witsch, ISBN 978-3-462-04044-9 von Thomas Reuter

Auf dem Klappentext des nicht nur farblich durch und durch grünen Bestsellers steht: „Nichts ist so unwiderstehlich, wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“ Ja, dieses Buch ist aktuell, modern und zugleich für alle Zukunft der Menschheit gültig und wichtig. Im Gegensatz zur oft kolportierten Ansicht, dass „TIERE ESSEN“ zum Vegetarismus auffordert, tut es genau das nicht. Es denkt über das Menschsein nach. Es will keinen neuen Menschen kreieren, sondern lässt uns das sein, was wir sind. Und wird doch jeden, der dieses Buch liest, verändern. „Die Frage, ob wir Tiere essen, entspringt letztlich unserem Streben nach einem Ideal, das wir, vielleicht fälschlicherweise, ‚Mensch sein‘ nennen.“ (S. 303)

Jonathan Safran Foer, amerikanischer, mit koscherer Ernährung aufgewachsener Jude, lernt die heute weltweit übliche industrielle Tierproduktion als absoluter Laie gemeinsam mit dem Leser kennen. Ein Großteil der Tarantel-Leser dürfte Interesse an der Land- und Forstwirtschaft, Tierproduktion, Biologie oder Veterinärmedizin haben und mehr oder weniger gut wissen können, welche Realität hier beschrieben wird. Aber er spricht Wahrheiten aus, die gerade Fachleute sehr gründlich verdrängen müssen, um überhaupt weiter in der Branche arbeiten zu können:

Die industrielle Tierproduktion überall auf der Welt, nicht nur in den USA, ist technologiebedingt routinemäßige Tierquälerei, leider auch im Ökobereich. Ein Vorwort und ein umfangreicher Anhang beschreiben, dass es in Deutschland nur im Detail anders, aber überhaupt nicht besser als in den USA ist.

Tierschutzgesetze gibt es für Landwirtschaftliche Nutztiere nur theoretisch, in der Praxis sind diese durch Ausnahmeregelungen für Eier- und Fleischgeflügel, Schweine, Kaninchen; Pelztiere von der Geburt bis zum Tod, für Wiederkäuer und auch Pferde vom Transport bis zum Tod nicht gültig oder werden nicht umgesetzt.

Der beständige Umgang mit derart leidenden Kreaturen macht aus ursprünglich tierlieben Menschen

gleichgültige oder brutale Sadisten. Mit den Zeugnisaussagen und Selbstanklagen zu täglich üblichen Gräueltaten der bedauernswerten Tierproduzenten hätte er ein weiteres Buch füllen können, schreibt Foer. Die Arbeit wird oft nicht von Fachleuten, sondern von unterqualifizierten Hilfs- und Schwarzarbeitern für Spottlöhne verrichtet. Industrielle Tierproduktion ist also auch routinemäßige Menschenschinderei. Ein Aspekt, der selbst Leser, denen Tiere eher fern sind, sehr berühren dürfte.

Die von diesem Tierhaltungssystem für dieses System hervorgebrachten Karikaturen der ursprünglichen Haustierform sind außerhalb dieser Systeme nicht mehr dauerhaft lebensfähig. Diese Rassen und Hybridlinien haben nicht mal mehr Namen, sondern nur noch Nummern wie zum Beispiel ISA 257. An solchen Details erkennt man die Kulturlosigkeit der Tierindustrie. (Anm. des Verf.). Selbst im Haltungssystem müssen sie mit für die Verbraucher, die Umwelt und andere Tiere hochbedenklichen Medikamenten und Zusatzstoffen vor Infektionen geschützt oder sogar ruhiggestellt werden. Dadurch drohen Pandemische Seuchen für Tier und Mensch.

Die industrielle Schlachtung, besonders von Geflügel, ist hygienisch fragwürdig. Gemeinsam mit der Medikamentenbelastung kann diese Industrie nur mangelhafte Ware hervorbringen.

Die Größe der Haltings- und Schlachtbetriebe verursacht Umweltschäden, die den Tarantel-Lesern bekannt sind.

All das geschieht mit fühlenden Wesen, die Angst und Schmerz, Zufriedenheit und Freude empfinden. Jedes dieser Wesen erlebt die Agrarhölle jeden Tag ganz für sich selbst. Dafür gibt es seit mindestens 50 Jahren wissenschaftliche Beweise.

Die Produkte dieser Industrie sind zwar billig, aber nicht preiswert, ihren Preis nicht wert. Die Riesengewinne der Agrarindustrie werden privat eingestrichen. Folgekosten an Umwelt, Gesundheitssystem, für Futtermittel und Energie werden der Gesellschaft in Rechnung gestellt. Ein gutes Beispiel dafür, dass privater Geldgewinn als einziges Wirtschaftsziel der Gesellschaft schadet.

All diese Dinge werden dem Kunden, dem Normalbürger mit Hilfe von Betriebsgeheimnissträmerei, Gesetzen, Lobbyismus und den Medien systematisch verschwiegen. Betriebsbesichtigungen durch Laien werden verhindert. Die Verfilzung zwischen Agrar- und Pharmaindustrie, Politik und Medien wird von Foer beeindruckend dargestellt. Kontrollen werden angekündigt, von der Branche selbst

Rezension

durchgeführt und regelmäßig geschönt. Der Staat hat alle ursprünglichen Kontrollmechanismen selbst ausgehebelt.

Foer stellt außerdem die noch unmenschlicheren Verhältnisse in der Fischindustrie, sowohl bei Wildfang als bei Aquakultur, dar. Jeder Fisch in jeder Dose und auf jedem Teller der Welt hat einen unvorstellbar grausamen Tod gehabt,“ seien Sie gewiss, er hat.“ Eine Wahrheit, die bei kurzem Nachdenken offensichtlich ist, aber noch nie ausgesprochen wurde.

Sein Fazit auf Seite 302 von 392 Seiten der deutschen Ausgabe:

„Das System der Massentierhaltung wird eines Tages an seiner absurden wirtschaftlichen Praxis zugrunde

Essen ist nicht rational. Essen ist Kultur

gehen. Es ist absolut unhaltbar. Irgend-

wann wird die Erde Massentierhaltungsbetriebe abschütteln wie ein Hund Flöhe; die Frage ist nur, ob wir dann mit abgeschüttelt werden.“

Tierfreundlichere Haltungs- und Schlachtungstechnologien nehmen ebenfalls breiten Raum ein, ihre Chancen und Risiken werden dargestellt. In den USA sind sie leider offensichtlich nur noch rudimentär vorhanden. Das macht für Deutschland etwas mehr Hoffnung. Aber: Auch ein Biohähnchen wurde auch in Deutschland ziemlich sicher sein ganzes Leben gequält. Denn Parameter der Biohaltung ist eben nicht der Tierschutz sondern der Verbraucherschutz. Bessere Lebensbedingungen für die Öko-Tiere fallen eher zufällig ab, sind aber nicht Ziel der heutigen Biolandwirtschaft.... Das muss sich ändern. Im Buch kommt ein Veganer zu Wort, der fahrbare Schlachthöfe konstruiert, die zum Tierproduktionsbetrieb transportiert werden. Eine großartige Idee.

Foer zeigt Alternativen, eine davon ist die Vegetarische Ernährung. Eine andere die bewusster Ernährung. Hier liegt das eigentlich Neue dieses großartigen Buches. Denn er zeigt Verständnis für jede Ernährungsweise, ohne zu verurteilen. Denn "Essen ist nicht

rational. Essen ist Kultur, Gewohnheit und Identität...." Durch solche Sätze verbündet das Werk, wo andere Bücher gnadenlos entzweien.

Wie die meisten Denker unserer neoliberalen Welt erlegt Foer dem Verbraucher die Verantwortung für das System auf. Da er das System Massentierproduktion aber umfassend schildert, sind dessen Schwachstellen und Paradoxien zumindest erkennbar. So dass politische, nicht nur private Lösungsansätze zu erahnen sind.

Viele Argumente dieses Buches untermauern Umwelt- und Verbraucherschutz. Sein größtes Verdienst ist es aber, diese bekannten Themen mit einem von den meisten, auch linken Menschen belächelten, und doch uralten Anliegen zu verbinden: der Solidarität mit den Tieren.

Unsere Partei berät gerade ihr Programm für die nächsten 10-15 Jahre. Zum Tierschutz steht im Entwurf bisher, dass er konsequent umgesetzt werden muss. Das ist an Dürftigkeit kaum zu unterbieten. Dafür gibt es tiefsitzende historische und aktuell-politische Ursachen, die im Rahmen der Programmdiskussion geklärt werden sollten. Dazu wird das großartige, nicht vergnügliche, aber gut lesbare, spannende Buch von Foer eine Hilfe sein.



Demo "Wir haben es satt"
im (Zerr-)Spiegel des ESB
(European Service for Broadcasting)

Autoren

Ralf Henrichs ist Mitglied des SprecherInnenrates der Ökologischen Plattform, zuständig für die tarantel, und Mitglied des SprecherInnenrates der BAG Umwelt, Energie, Verkehr.

Götz Brandt und Manfred Wolf sind Mitglieder des SprecherInnenrates der Ökologischen Plattform.

Wolfgang Huste ist Pressesprecher der Ökologischen Plattform Rheinland-Pfalz, Mitglied des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform und der Tarantel-Redaktion.

Gilbert Siegler ist Mitglied des SprecherInnenrates der BAG Umwelt, Energie, Verkehr und Mitglied des Landesverbandes Hamburg der Linken.

Thea Kleinert ist Mitglied des Landesrates Bremen der LINKEN und kandidiert auf Platz 5 der Landesliste der Linken in Bremen.

André Lüderitz, MdL Sachsen-Anhalt ist Umweltpolitischer Sprecher der LINKEN; Dr. Uwe-Volkmar Köck ist Sprecher für Landesentwicklung

Michael Bolz ist Mitglied des Rates der Stadt Müncheberg (Brandenburg) für DIE LINKE.

MdB Eva Bulling-Schröter ist umweltpolitische Sprecherin DIE LINKE im Bundestag.

Dr. med. Helmut Käss Mitglied des IPPNW und des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform.

Sabine Wils ist im Europaparlament Mitglied der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke; Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit, Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr.

Hans-Otto Träger ist Mitglied der LAG Umwelt Brandenburg und des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform.

Thomas Reuter ist Mitglied der Ökologischen Plattform Brandenburg und Mitglied der OG Wandlitz (Die Linke).

Abbildungen

Titelbild und S. 21: H.-O. Träger

S. 2: W. Borchardt

S. 18: <http://www.nachhaltig-links.de/index.php/fossile/kohle-und-css/633-co2-speicherverbot>

Impressum

Kontakt:

Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE
Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
oekoplattform@die-linke.de
www.oekologische-plattform.de
Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss der LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft.

Herausgeber

Sprecherrat der Ökologischen Plattform

Redaktion:

zeitschrift-oekoplattform@web.de
(ausschließlich für Veröffentlichungen)
Redaktionsschluss: 15.2.2011
Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden.

Inhaltsverzeichnis

In eigener Sache, Aktuelles

Einladung zum Bundestreffen	1
Schrumpfungskonferenz der Ökologischen Plattform	1
Sofortiger Atomausstieg – jetzt!	2
Es geht auch ohne Atomstrom!	2

Aus den Ländern

Anforderungen an ein modernes brandenburgisches Wassergesetz	3
Hamburg für Alle - Ökologisch, sozial und solidarisch!	5
Grüner Umwelt- und Bausenator gleich ökologischer Städtebau?	8
Schwerpunkte linker Umweltpolitik in Sachsen-Anhalt	10

Schwerpunktthema: Fracking und CCS

Die Technologie des Fracking	11
Der Unfall von Weyburn	13
Fracking und CCS	15
Pressemitteilung zum CCS-Gesetzentwurf der LINKEN	17

Energieversorgung, Klimagipfel Cancún

Lösung der Energie- und Rohstofffrage	18
Scheitern der Weltklimakonferenz in Cancún knapp verhindert	20
Cancún – ein Reisebericht - eine Skizze	20

Tierschutz, Ernährung

Bio: An entscheidenden Punkten besser	22
Die Linke, Tina, und der Tierschutz	22

Rezension:

„TIERE ESSEN“ und das Linke Parteiprogramm	27
--	----

S. 25: mit freundlicher Genehmigung von S. Bröckling:
<http://www.dokumentiere.de/tierschutz-fotos/schweinemast-mastschweine-fotos.html>

S. 28: A. Borchardt

Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion.
geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.5.2011

Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Bestellung/Adressänderung:

kontakt-oekoplattform@web.de

Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF:

Volksbank Berlin, BLZ 10090000, Konto 5000600000, VWZ Ökologische Plattform

Kontaktadressen

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel über kontakt-oekoplattform@web.de.

Bundesebene

Ökologische Plattform

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de, oekoplattform@die-linke.de
Manfred Wolf, Tel. 030 2411127, manfredwolfberlin@gmx.de
Petra Beck, pcbe@gmx.net
Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de
Mailverteiler (Newsletter):
Anmeldung unter kontakt-oekoplattform@web.de
Pressekontakt: presse-oekoplattform@web.de

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Prof. Dr. Wolfgang Methling (Sprecher), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.methling@dielinke.landtag-mv.de
Uwe Fiedler (Koordination), Auf der Kugel 15, 58093 Hagen, hagenuruwe@googlemail.com

Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Vorsitzende Umweltausschuss), Tel. 030 22772485, Fax 030 222776485
eva-bulling-schroeter.ma01@bundestag.de
Dorothee Menzner (energiepolitische Sprecherin), Tel.030 227-73167, Fax 030 227-76166,
dorothee.menzner@bundestag.de
Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel. 030 227-72638, Fax 030 227-76638, ralph.lenkert@bundestag.de
Sabine Stüber (Naturschutz, Biodiversität, Lärmschutz), Tel. 030 227-72138, Fax 030 227-76138,
sabine.stueber@bundestag.de

Landesebene

Baden-Württemberg

Heinrich Dubell, Heggbacher Str. 41, 88477 Schönebürg, h.dubell@online.de

Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284, Fax 0841 8814230,
eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de;
Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin

Marion Platta (MdA, umweltpolitische Sprecherin), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030 23252550, Fax 030 23252515, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

Norbert Wilke, Großbeerenstr. 7, 14482 Potsdam, Tel. 01520 2875749, norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de (LAG Umwelt)
Carolin Steinmetzer-Mann (MdL, umweltpolitische Sprecherin), Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, carolin.steinmetzer@dielinke-fraktion.brandenburg.de

Bremen

Klaus-Rainer Rupp (Mitglied Bürgerschaft, umweltpolitischer Sprecher), Tiefer 8, 28195 Bremen, klaus-rainer.rupp@linksfraktion-bremen.de

Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de (AG Umwelt, Energie, Verkehr)
Dora Heyenn (Mitglied Bürgerschaft, umweltpolitische Sprecherin), Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg, dora.heyenn.ma1@linksfraktion-hamburg.de

Hessen

Hajo Zeller, Weidenhäuser Str. 78/80, 35037 Marburg, Tel. 06421 163873, hajo.zeller@web.de (ÖPF Hessen)
Marjana Schott (MdL, umwelt- und landwirtschaftspolitische Sprecherin), Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Wolfgang Griese (MdL, energie- und umweltpolitischer Sprecher), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, w.griese@dielinke.landtag-mv.de
Birgit Schwebs (MdL,

finanz- und verkehrspolitische Sprecherin), Lennestr.1, 19053 Schwerin, Tel.038203 63519, b.schwebs@dielinke.landtag-mv.de

Niedersachsen

Heinz Preuß (ÖPF Niedersachsen, Koordinierungsrat ÖPF Bund), Sedanstr. 6, 31787 Hameln, Tel. 05151 409481, Hpborusso@aol.com
Rolf Köhne, Mispelweg 6, 30419 Hannover, rolf.koehne@arcor.de
Kurt Herzog (MdL, umweltpolitischer Sprecher), Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover, kurt.herzog@lt.niedersachsen.de

Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Kellermannstr. 13, 48149 Münster, Tel. 0151 18479447, ralfhenrichs@gmx.de; Jörg Bütefür, Spittlerstr. 24, 45144 Essen, joerg.buetefuer@gmx.de (ÖPF Nordrhein-Westfalen, www.oepf-nrw.de)
Michael Aggelidis, MdL, energie- und technologiepolitischer Sprecher, michael.aggelidis@landtag.nrw.de
Hamide Akbayir, MdL, Sprecherin Umweltpolitik, Verbraucherschutz, Agrarpolitik; hamide.akbayir@landtag.nrw.de

Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler, marion-morassi@t-online.de; Wolfgang Huste, whuste@aol.com (LAG ÖPF Rheinland-Pfalz, www.oepf-rlp.de)

Saarland

Dagmar Enschedel (MdL, umwelt- und tierschutzpolitische Sprecherin), Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken, dagmar.enschedel@dielinke-saar.de

Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891 35290, an-sa-kunze@t-online.de; Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341 9424882, micha.lauter@web.de; Dr. Reinhard Natke, Mosenstr. 6, 01309 Dresden, Tel. 0174 98484127, drnatke@web.de (ADELE – ÖPF Sachsen)
Dr. Jana Pinka (MdL, umwelt- und technologiepolitische Sprecherin), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, jana.pinka@slt.sachsen.de
Dr. Monika Runge (MdL, energie- und klimaschutzpolitische Sprecherin), Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden, monika.runge@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle, Tel. 0345 29418-63, Fax 0345 29418-64 (AG Umwelt Sachsen-Anhalt)
Angelika Hunger (MdL, Sprecherin Verbraucherschutz und Energiepolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de
Andre Lüderitz (MdL, Sprecher Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Schleswig-Holstein

Silke Mahrt, Amselweg 7, 23843 Bad Oldesloe, silke.mahrt@web.de; Dettmer Grünefeld, Bendixenweg 6, 24975 Ausackerholz b. Flensburg, Tel. 04633 966624, dettmergusonfeld@hotmail.com (ÖPF.Schleswig-Holstein)

Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright, johanna@scheringer.de
Thomas Pätzold, webmaster@oekosozialisten.de (ÖPF Thüringen, http://oekosozialisten.de)
Tilo Kummer (MdL, landwirtschaftspolitischer Sprecher), Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317, kummer@die-linke-thl.de
Katja Wolf (MdL, umweltpolitische Sprecherin) Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, wolf@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Dr. Steffen Schmidt (Wissenschafts- und Umweltredakteur Neues Deutschland), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, s.schmidt@nd-online.de, www.neues-deutschland.de/rubrik/umwelt
Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel.030 44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberaf